

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Einzelgenprets die 6 gepfalt. Colonegette für Arbeitsgefuhe 75 Pf., Gefchäfts- und Privatangelegen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schiffstellung und Gefchäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schlag der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Gefchäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Die Frühjahrsagitatio!

In den letzten Wochen stand das Leben und Treiben der örtlichen Verwaltungsstellen unseres christlichen Metallarbeiterverbandes unter dem Eindruck der Jahresgeneralversammlungen. Die Berichterstattung über dieselben im Verbandsorgan steht noch in voller Blüte. Wenn wir dabei den Ortsgruppen den weitesten Spielraum gelassen haben, so geschah das nicht ohne bestimmte Absicht. Nach Abschluß der Berichterstattung werden wir schon im einzelnen darauf zurückkommen und sagen, was im Verbandsinteresse dazu zu sagen ist.

Mittlerweile blieb aber die Zeit nicht stille stehen, und nur eine kurze Spanne trennt uns vom kalendermäßigen Anfang des Frühlings. An manchen Stellen unseres deutschen Vaterlandes zeigt uns schon tagtäglich die Natur, daß „der Frühling naht mit Krausen“. Damit nun diese schöne Zeit des Jahres, die Zeit der Saat und des Werdens, auch für den christlichen Metallarbeiterverband nicht ungenutzt vorübergeht, ist es notwendig, daß man allerorts die Vorbereitungen zur Frühjahrsagitatio zum Abschluß bringt, die Kampffront endgültig formiert, alle Posten doppelt und dreifach besetzt, und „Mar macht“ zum Sturmangriff auf den Indifferentismus.

Die äußeren Umstände sind in diesem Frühjahr entschieden günstiger wie im vergangenen Jahr. Die Konjunktur bewegt sich — wenn nicht alle Anzeichen trügen — in ansteigender Richtung. Kampfesmut und Hingabe ist in unseren Reihen auch vorhanden. Wo man etwas gar zu spießhaft geworden war, da haben die hochgehenden Wogen der letzten Wochen, nicht nur flammende Empörung, sondern auch flammende Begeisterung ausgelöst für unsere berufswirtschaftliche Interessenvertretung für unsere christliche Gewerkschaften. Das sind keine leeren Worte, sondern Tatsachen.

Soll nun die Frühjahrsagitatio Erfolg und Nachdruck haben, dann müssen die Ortsgruppen aus früheren Fehlern lernen. Auf den Generalversammlungen hat man sich größtenteils nicht geschaut und in aller Öffentlichkeit gesagt, was ist. Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Berichte die Klage über die rückläufige Konjunktur und die mangelhafte Beteiligung der Kollegen in der Agitation.

Die Wirtschaftslage sieht in diesem Frühjahr nicht so ungünstig und undurchdringlich aus. Gewiß stand im vergangenen Winter mancherorts das Wirtschaftsleben unter einem dumpfen Druck. Das lag aber doch überwiegend an der Kalamität die in jedem Winter auf dem Arbeitsmarkt herrscht. Hinzu kommen die verheerenden Wirkungen, welche die fast sibirische Kälte im Monat Januar auf dem Arbeitsmarkt anrichtete. Im übrigen aber sind Kriegswirren und Geldknappheit überwunden. Die das Wirtschaftsleben lähmende Wehrvorlage ist unter Dach und Fach und müssen die hierfür aufgewendeten Mittel ihrerseits befruchtend und anregend auf den Arbeitsmarkt einwirken. Im Baugewerbe weckt der günstige Zinsfuß nicht nur die Unternehmungsluft, sondern er drängt geradezu zu einer Belebung des Wohnhaufwerbaues, der in den letzten Jahren arg vernachlässigt wurde. Auf diesem Gebiete muß außerordentliches geschehen. Wo soll denn sonst die sich jährlich um 8—900 000 Köpfe vermehrende deutsche Bevölkerung wohnen? Wie die Dinge heute liegen, sind wir von einer Kalamität nicht mehr weit entfernt.

Wie sehr der Wohnungsbau danteberliegt, zeigt z. B. die Stadt Dortmund, dort standen an Wohnungen leer:

1910	999	oder 2,18 %	des gesamten Bestandes
1911	700	1,49 %	" "
1912	500	1,01 %	" "
1912	201	0,40 %	" "

Zu den vermehrten Wohnungsbauten kommen die durch die Deeresvorlage bedingten Neubauten. Ist aber der Bauparkt intakt, dann wirkt das sehr befruchtend und belebend auf die Metallindustrie direkt und indirekt. Die Metallindustrie liefert in größerem Maße für den Bauparkt wie allgemein angenommen wird. Die baugewerblichen Metallarbeiter erhalten Beschäftigung, wie überhaupt der gesamte Arbeitsmarkt durch eine Belebung des Baugewerbes entlastet wird. Es kommt weiter hinzu, daß, nachdem auf dem Balkan der Friede eingeleitet und die Anleihen dieser Staaten abgeschlossen sind, der Weltmarkt eine Belebung erhält. Das ist nicht unwesentlich für uns, denn die deutsche Metallindustrie bringt erhebliche Mengen auf den Weltmarkt. Die wirtschaftlichen Aussichten sind also entschieden günstiger wie im Vorjahre.

Der Berliner Kongreß, der Kölner Prozeß und der jüngste von den Quertreibern inszenierte Krach hat in unseren Reihen die zur Agitation nötige Stimmung ausgelöst. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften haben auf das Getöse der letzten Wochen die einzig richtige

Antwort gegeben: sie haben in verschiedenen Bezirken eine systematisch vorbereitete Hausagitatio durchgeführt und in 14 Tagen den Mitgliederbestand um über 6000 gesteigert. Das ist die wirksamste Abwehr.

Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter hat in den letzten Wochen allein im Ruhrkohlenrevier durch eine systematische Hausagitatio rund 2500 neue Mitglieder gewonnen.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß der Vorstand des Westdeutschen Verbandes katholischer Arbeitervereine am 24. Februar eine Erklärung erlassen hat, inder es unter anderem heißt:

„Unsere Vereine (die katholischen Arbeitervereine. D. Red.) sind gewachsen und stark geworden in enger Gemeinschaftsarbeit mit den christlichen Gewerkschaften. In einem Treubund standen sie zu ihnen, und daran halten sie fest. Ihr System der erfolgreichen Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, unabhängig von der Sozialdemokratie, hat sich aufs beste bewährt. Nicht aber das System katholischer Fachabteilungen. Deren jahrzehntelange Erfolglosigkeit und Unfruchtbarkeit in der deutschen Arbeiterbewegung hat das erwiesen. Darum halten unsere Vereine treu zu den christlichen Gewerkschaften. Das Hohngeschrei und den Spott ihrer sozialistischen Gegner und aller jener, die alles, was christlich ist, hassen, beantworten sie am besten durch unermüdete und rastlose Arbeit für die christlichen Gewerkschaften.“

Trotzdem, die Bahn ist frei zur unermüdeten Werberarbeit. Auch in den Verwaltungsstellen, Sektionen und Zahlstellen unseres Verbandes muß jetzt mit Nachdruck in die Werberarbeit eingetreten werden.

Überall auf der ganzen Linie; mit öffentlichen Versammlungen, Branchen- und Werkstattagitatio; überall aber muß

Hausagitatio

betrieben werden. Die Hausagitatio ist, so heißt es in allen Jahresberichten unserer Verwaltungsstellen, das beste und zuverlässigste Mittel zur Gewinnung neuer Mitglieder, zur Stärkung unserer Reihen, und das ist der Zweck der Frühjahrsagitatio. Darum auf zur Tat. Keine Gruppe und kein Mitglied darf zurückbleiben. Samt und sonderst müssen wir christliche Metallarbeiter eintreten in die Agitation und unsere Pflicht erfüllen.

Unerbittlich müßt ihr ringen
Mit dem Vorurteil der Welt,
Spielend müßet ihr bezwingen,
Was den Aufstieg niederhält.

Tausende noch stehn bei Seite,
Harrend auf den rechten Fuß,
Vorwärts! Reicht sie ein zum Streite,
Zeiget, was die Eintracht schuf.

Die geplante Menderung der Grobeisenverordnung

Kam kürzlich in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses zur Sprache. Das vor uns liegende Protokoll über die fragliche Sitzung enthält darüber recht bemerkenswerte Ausführungen. Angeschritten wurde die Frage von dem Abg. Dr. Beumer, der u. a. ausführte:

„Es sei eine Abänderung der Bundesratsverordnung betreffend die Ueberarbeit in der Grobeisenindustrie vom 19. Dezember 1908 geplant, und er bitte den Minister als preussischen Bevollmächtigten zum Bundesrat, dahin zu wirken, daß diese Verordnung vor ihrem Inkrafttreten den beteiligten Kreisen zur Aeußerung vorgelegt werde. Die Absicht dieser Menderung sei hervorgerufen durch die angebliche Zahl von Ueberstunden, die in den Betrieben der Grobeisenindustrie geleistet würden. Die Statistik sei unzutreffend, weil als Ueberarbeit früher auch die gewöhnliche Sonntagsarbeit genehmigt sei. In dankenswerter Weise habe daher der Minister in den Aufsichtsberichten für 1910 die Ueberarbeit für Wochentage einerseits und Sonn- und Feiertage andererseits getrennt. Wenn man die wirkliche Zahl der geleisteten Ueberstunden erfahren wollte, müsse man aber drei Kategorien unterscheiden:

1. Die Arbeit, die werktäglich übergeleistet worden sei;
2. die sonntägliche Arbeit, und
3. die sonntägliche Arbeit, die nach den Bestimmungen des Bundesrats gesetzlich gestattet sei.

Ferner müsse hinzukommen eine Verlässichtigung der Minderarbeit, die hervorgerufen wurde durch Urlaub, Materialschaden, Betriebsstörungen, freiwilliges Feiern, usw. Er sei überzeugt, daß vielfach die geleistete Ueberarbeit mehr als ausgeglichen werde durch Minderarbeit, die auf diesem Wege entstehe.

In der Bundesratsverordnung solle nach den Verhandlungen, die am 17. Dezember im Reichsamt des Innern stattgefunden hätten, dann auch noch die Mindestruhezeit von acht auf zehn Stunden erhöht werden und bei 14stündiger Beschäftigung auf 12. Stunden verlängert werden. Es handele

sich also hier um die Einführung eines Maximalarbeitstages, und er mache den Minister darauf aufmerksam, daß dieselbe Regelung die allerschwersten Bedenken entgegenstände. Wenn der 16stündige Maximalarbeitstag eingeführt werde, kämen die Betriebe unter Umständen dadurch zum Stillstand, daß Arbeiter fehlten, die in der neuen Schicht antreten sollten, da es unmöglich sei, Ersatzmannschaften bereit zu halten. Die Eisenwerke würden dann unter Umständen die neue Schicht nach Haus schicken müssen und die Staatsregierung und die verbündeten Regierungen würden die Verantwortung dafür zu tragen haben. Damit hänge auch die in der Bundesratsverordnung vorgesehene Neuregelung der Arbeitspausen zusammen. Da habe man bei der neuen statistischen Aufnahme in den verschiedenen Bezirken von den Betrieben ein Schreibmerk verlangt, das jeder Beschreibung spote. Für jeden einzelnen Arbeiter solle ersichtlich gemacht werden, welche Arbeit er zu verrichten habe und wie seine Arbeitszeit und seine Pausen durch die Arbeitsordnung oder die Natur des Betriebes geregelt seien.“

Der Handelsminister erwiderte, es schwebten schon seit geraumer Zeit Verhandlungen im Reiche, an denen natürlich auch Preußen beteiligt sei, über die Aenderung der gedachten Bundesratsverordnung. Die Anhörung der Interessenten habe bereits stattgefunden. Die beabsichtigten Aenderungen würden voraussichtlich bald dem Bundesrat vorgelegt werden können. Eine vorherige nochmalige Anhörung der Interessenten glaube er nicht in Aussicht stellen zu können.

Wenn man die Ueberstunden so begrenzen sollte, daß die Gesamtschicht plus Ueberstunden nicht mehr als 16 Stunden ausmache, so sei das kein Normalarbeitstag, sondern ein anormaler Arbeitstag.

Wenn man eine so wichtige Verordnung ändern wolle, müsse man sich natürlich darüber klar werden, wie weit Mißstände beständen und wie weit nicht. Darauf beruhten die Anforderungen hinsichtlich der Erhebungen, die sich aber nicht regelmäßig wiederholen würden.

Abg. Dr. Beumer machte erneut darauf aufmerksam, daß durch die Begrenzungen der Ueberstunden auf vier Stunden die Betriebe in die Lage kommen würden, ganze Arbeiterschichten nicht in der neuen Schicht beschäftigen zu können und nach Hause schicken zu müssen. Die Ausführungen des Ministers seien insofern unzutreffend, als die im Westen von den Regierungspräsidenten gestellten Anforderungen hinsichtlich des Schreibwertes nicht nur einmal gestellt worden seien, sondern Jahr für Jahr gestellt werden würden.

Der Handelsminister erwiderte, gegen die Begrenzung der Ueberstunden auf vier Stunden sei bei den mit den Vertretern der Industrie gepflogenen Verhandlungen, wie ihm mitgeteilt sei, von der Industrie gar kein Widerspruch erhoben worden, und zweitens werde ja die Verordnung, wenn sie mit gewissen Aenderungen erneuert werde, nicht für ein Jahr, sondern für eine Reihe von Jahren in Kraft gesetzt werden.

Abg. Dr. Beumer behauptet, daß sehr wohl Widerspruch aus den Kreisen der Arbeitgeber erhoben worden sei. Wenn es nicht kräftig genug geschehen sein sollte, so würden seine Ausführungen vielleicht dazu beitragen, eine nochmalige Prüfung der Sache zu veranlassen.

Geh. Oberregierungsrat Fried bemerkt, die Mitteilung, daß gegen eine Beschränkung der Arbeitsschicht einschließlich der Ueberarbeit auf 16 Stunden kein Widerspruch erhoben worden sei, stamme von ihm und sei durchaus zutreffend. Er sei selbst Referent über diesen Punkt in der vom Handelsminister Delbrück im Jahre 1908 abgehaltenen Konferenz gewesen. Man habe sich damals damit begnügt, zu sagen, es müsse vor dem Beginn der neuen Schicht eine achtstündige Ruhezeit gewährt werden. Damit habe man die Schicht auf 24 Stunden minus 8 gleich 16 Stunden beschränken wollen. Es sei damals angenommen worden, eine Ausdehnung der ersten Schicht über 16 Stunden würde bei Innehaltung der achtstündigen Ruhezeit eine solche Vermirung in den nächsten Schichten und betriebstechnische Schwierigkeiten zur Folge haben, daß sie sich von selbst verbiete. Ueberstreichungen der 16stündigen Arbeitsdauer seien dann aber doch in großem Umfange vorgekommen. Man habe daher erkannt, daß es zur Erreichung der 1908 gehegten Absicht erforderlich sei, das Verbot einer Ausdehnung der Arbeitsdauer über 16 Stunden in den Bestimmungen klarer zum Ausdruck zu bringen. Diese Absicht sei den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitern bei den Verhandlungen im Reichsamt des Innern am 17. Dezember 1913 dargelegt und erläutert worden. Die Vertreter der Grobeisenindustriellen hätten nicht widersprochen.

Soweit die Verhandlungen nach dem Protokoll der Budgetkommission. Es ist unbedingt notwendig, daß die Grobeisenverordnung recht bald revidiert wird, und daß die Regierung den Scharfmachern entschiedenen Widerstand leistet. Wahrscheinlich werden die Vertreter der Grobeisenindustrie auch im Plenum des Ab-

geordnetenhauses einen Vorstoß unternehmen, um den preussischen Handelsminister scharf zu machen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß sich der Handelsminister nicht beeinflussen läßt und den Vertretern der Industrie auch aus dem Hause der Abgeordneten gezeigt wird, was ist. Was die Bundesratsverordnung bringen soll, ist doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Ob ihre praktische Durchführung eine nennenswerte Verbesserung der unhaltbaren Zustände für die Arbeiter bringen wird, erscheint noch sehr fraglich. Jedenfalls haben die Arbeiter der schweren Industrie die ernsteste Pflicht, sich reiflich der Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband, anzuschließen, damit der Regierung und dem Bundesrat der Rücken gestärkt wird gegen die Großindustrie und durch die Organisation die Durchführung der Schutzbestimmungen gesichert wird.

Koalitionsrecht und Arbeitwilligenschut

Die Scharfmacher aller Grade sind äußerst betrübt darüber, daß der deutsche Reichstag die reaktionären Anträge zum Arbeitwilligenschut abgelehnt hat. Im Blatt der „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“ (Nr. 4, 1914) zieht darum Dr. Hoff — der Syndikus des Arbeitgeberverbandes der r.-w. Großindustrie — gründlich vom Leder. Er mengt in seine mehr als acht Spalten lange Abhandlung Unwahres und Uebertriebenes, an dem man nicht achtlos vorübergehen kann.

Schon in der Einleitung fängt Dr. Hoff mit einer Unwahrheit an, indem er einem Antrage der Kollegen Behrens, Giesberts und Schiffer eine Tendenz unterstellt, die nicht darin liegt. Er schreibt:

„Der Reichstag hat, wie dies nach seinem früheren Verhalten nicht anders zu erwarten war, abermals verjagt. Seine demokratisch gestimmte Mehrheit folgte dem Antrag dreier Gewerkschaftsführer, die von der Beseitigung der Schutzorganisation der Arbeitgeber eine schrankenlose Gewerkschaftsherrschaft erhoffen.“

Die Behauptung, daß die Kollegen Behrens, Giesberts und Schiffer eine Beseitigung der Schutzorganisation der Arbeitgeber erstrebten, ist ebenso unwahr, wie die weitere Unterstellung, daß sie eine schrankenlose Gewerkschaftsherrschaft erhofften. Mit solchen Uebertreibungen und direkten Unwahrheiten sollte das Organ der deutschen Arbeitgeberverbände doch nicht operieren, wenn es ernst genommen werden will. Die drei genannten Führer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung wollen und bezwecken mit ihrem Vorgehen im Reichstag nichts weiter wie Parität und Gerechtigkeit in Behandlung der wirtschaftlichen Interessenorganisationen.

Dr. Hoff will weiter nachweisen, daß Paragraph 153 der G.-D. in einer Weise genüge, um den einzelnen Arbeiter gegen den Terrorismus „der Masse“ zu schützen. Das ist die alte Weise, die auch durch Wiederholung nicht an Glaubwürdigkeit gewinnt.

Gegenüber den schiefen Darstellungen des Scharfmachers erscheint es angebracht, die Ausführungen wiederzugeben, die Kollege Giesberts im Reichstage zum Koalitionsrecht und Arbeitwilligenschut gemacht hat. Kollege Giesberts führte u. a. aus:

„Hinter all den Klagen der Industriellen über mangelhafte Beseitigung in Parlament, hinter den Klagen über die hohen Leistungen und die Uebermenge an Gesetzen auf sozialem Gebiete steht, wie ich vorhin schon angedeutet habe, in Wirklichkeit die Abneigung gegen die Arbeiterbewegung und ihre Selbstständigkeitsbestrebungen. Das kommt am deutlichsten zum Ausdruck in den zahlreichen Wünschen nach weiterem Schutz der Arbeitwilligen, oder, wie wir es richtig nennen, nach einer weiteren

Beschränkung der Koalitionsfreiheit

Die Stellung meiner politischen Freunde zu dieser Frage ist gegeben. Herr Dr. Spahn hat in seiner Staatsrede hier im Reichstage und Herr Herold in seiner Staatsrede im preussischen Landtage unsere Stellung zum Koalitionsrecht festgelegt; darüber brauche ich keine lange Rede mehr zu halten. Wir lassen an dem Koalitionsrecht der Arbeiter nicht rütteln; (sehr richtig!) aber es muß doch die Frage aufgeworfen werden: woher rührt der Sturm gegen das Koalitionsrecht, woher die gewaltige Wut, die Arbeitwilligen mit allen Mitteln zu schützen? Wirkliche Verfehlungen gegen den Paragraphen 153 der Gewerbeordnung wie auch bei Streiks werden nach dem Strafgesetzbuch schwer geahndet; das ist nicht bestritten. Da werden harte Strafen verhängt. Als ich die schweren Strafen gelesen habe, die im Anhangsteile verhängt worden sind bei Gelegenheit des letzten Streiks, bin ich erschrocken gewesen. Ich habe diese armen Menschen bedauert — trotzdem wir im Kampf gegeneinander gestanden haben — daß sie ein so hartes Schicksal getroffen hat. Die heutige Gesetzgebung reicht vollkommen aus. Wichtig genommen ist der Paragraph 153 der Gewerbeordnung schon ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter, weil er bestimmte Verstöße unter besondere Strafe stellt. Ich gehe darum nicht näher ein und will nur noch zu dem

Verbot des Streikpostens

zu dem auch ein Antrag der Konserverfabriken vorliegt, einige Worte sagen.

Meine Herren, das Streikpostensystem ist eine berechnete Waffe bei Arbeitskämpfen und bietet nur einen geringen Ausgleich gegenüber der gewaltigen Fülle von Mitteln, die den Arbeitgebern zur Verfügung stehen, Arbeitwillige heranzuziehen und Streikende von Arbeitsplätzen fernzuhalten.

Das Streikpostensystem gehört zur Arbeitsentstellung; aber niemand billigt es, und die Streikrichter sind sofort dazwischen, wenn ein Streikposten Ungehörigkeiten begeht.

Wenn ein Streikposten höflich an einen Arbeitwilligen herantritt und sagt: „Du, ich teile dir mit, daß hier gestreikt wird, es wäre besser, wenn du nicht die Arbeit annähmest.“ — dann wird niemand etwas dagegen einzuwenden haben. Wenn aber der Betreffende im Arbeiterdeutsch redet und sagt: „Du wirst uns das doch nicht antun wollen, hier zu arbeiten, du wärest ja sonst ein Verräter an der Arbeiterschaft.“ — dann kommt er ins Loch. So ist heute schon die Gesetzesauslegung gegenüber den Streikposten. Außerdem verstehen es die einzelnen Polizeibehörden so vorzüglich, mit Polizeiverordnungen das Streikpostensystem einzubämmen, daß es zum Teil illusorisch ist. Was fällt nicht alles unter den Begriff des „Unfugtreibens“, der „Störung der öffentlichen Ordnung auf der Straße“ usw.? Der Herr Abgeordnete v. Graefe hat gemeint, wenn die christlichen Gewerkschaften sich ebenso wie die sozialdemokratischen Organisationen für die Verbeibehaltung des Streikpostensystems aussprechen, so sei das eine gewisse suggestive Wirkung für uns. Das ist vollständig irrig! (Sehr richtig!) Wir vertreten das Recht des Streikpostensystems und das Koalitionsrecht überhaupt aus dem ureigensten Interesse unserer Arbeiterschaft selbst. (Beifall.) Wir müssen diese Kampfmittel haben; ohne sie erreichen wir keine gerechten Löhne und Arbeitsbedingungen.

Wenn man darauf hingewiesen hat, die christlichen Arbeiter litten selbst unter dem

Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften

so ist das richtig. Ich könnte eine ganze Masse von Fällen anführen, aber ich will Ihnen das ersparen. Aber, meine Herren, die christlichen Arbeiter haben gegenüber diesem Terrorismus niemals ein Ausnahmengesetz verlangt. Mit diesem Terrorismus werden wir fertig. Wir werden diesen Terrorismus so lange moralisch brandmarken, bis auch auf der anderen Seite eine andere Methode angewandt wird, und wir haben hier und da erfreuliche Anzeichen, daß man nicht mehr wie früher jede Terrorisierung christlicher Arbeiter von den führenden Kreisen passivieren läßt. In dieser Beziehung gibt es keinen Unterschied in der Auffassung. Das Recht des Streikpostensystems und das Koalitionsrecht gemeinsam ist eine gemeinsame Sache der Arbeiter und wir lassen es uns nicht antastet.

Dagegen mache ich darauf aufmerksam, in welchem Umfange schon heute seitens der

Arbeitgeber ein Terrorismus

auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ausgeübt wird.

Unter den zahllosen Fällen, die mir vorliegen, will ich einige wenige schildern, besonders einen, der in seiner ganzen Art zeigt, wie das soziale Empfinden bei vielen Arbeitgebern nicht bloß nicht vorhanden, sondern sich ins Gegenteil umkehrt. Meine Herren, in der Papierfabrik von S. Oesch in Kreuzau bei Düren hatten sich einige 30 Arbeiter den christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Die Fabrikleitung eröffnete diesen Arbeitern zunächst, daß sie, weil sie organisiert seien, deshalb am gemeinsamen Kohlenbezug der Fabrik nicht teilnehmen dürften. Daraufhin hat der christliche Gewerkschaftsleiter den Arbeitern die Kohlen ebenso billig vermittelt, wie es das Werk tat. Zu Weihnachten wurden dann die Familienväter zusammengerufen, und es wurde ihnen erklärt, daß die Kinder der Organisierten von der Weihnachtsbescherung in der Fabrik ausgeschlossen seien. (Hört! hört!) Daraufhin hat der katholische Arbeiterverein in Kreuzau den Kindern dieser ausgeschlossenen Arbeiter eine Weihnachtsbescherung veranstaltet. Die Antwort darauf war die Entlassung der sämtlichen christlich-organisierten Arbeiter, — es waren 31 Stück, also ein ganz besonderes Weihnachtsgeheimnis! (Hört! hört!) Meine Herren, man kann sich nicht darüber wundern, daß solche Dinge die Volksseele erregen, den Leuten das Blut durch die Adern jagen und zu Aeusserungen treibt, die man zwar bedauern kann, die aber aus diesem Milieu heraus als verständlich erscheinen. (Sehr richtig!) Ich könnte Ihnen Duzende von solchen Fällen, bei denen christliche Arbeiter gewissermaßen geächtet worden sind, vorführen. Dieser ganze Boden bezieht sich allein auf Staats- und Stadtverwaltungen, die keine christlich-organisierten Arbeiter beschäftigen wollen. Ich möchte unter anderem eine Fabrik in R. Glabbech, die Fabrik von Scheidt u. Bachmann erwähnen, wo die Arbeiter im Jahre 1911 während des heißen Sommers fast durchweg jeden Tag zwei Ueberstunden leisten mußten; als sie dann aber Wünsche an die Fabrikleitung richteten, um vor allen Dingen eine bessere Entlohnung dieser Ueberstunden zu erreichen, da wurden die Leute ausgesperrt, und bis auf den heutigen Tag kann jeder Arbeiter und Sozialist oder sonst irgend ein Mensch in dieser Fabrik beschäftigt werden, aber kein christlich-organisierter Arbeiter. (Hört! hört!)

Meine Herren, ich erinnere Sie an die Sperren im Ruhrlande, wo ganz besonders auch christliche Arbeitgeber — ich will es einmal ganz offen herausagen — in Betracht kommen, und wo man unter irgendeinem Grund die Entlassung neuzuziehen, sie in den nächsten drei Monaten in der näheren Umgebung in keiner Fabrik mehr angenommen werden sollen. Wir haben Fälle, wo die Arbeiter erst ein halbes Jahr aus ihrem Heimatort auszuwandern müssen, an einem anderen Orte beschäftigt gewesen sein müssen, um später in ihrer Heimat wieder anzukommen. Meine Herren, das sind direkte Verstöße gegen die Koalitionsfreiheit und die Freizügigkeit. Wir billigen natürlich irgendwelche Ungehörigkeiten gegen die Arbeitgeber nicht, und wir haben, wo solche Ungehörigkeiten vorkommen, die Arbeiter niemals in Schutz genommen; aber, meine Herren, die Freiheit der Organisation sollte gewährleistet sein. Solange, als solche Mißstände

bestehen, sind alle Klagen über Auswüchse des Koalitionsrechts unangebracht.

Meine Herren, nun hat der Herr Abgeordnete Dr. Arendt an die christlichen Gewerkschaften die die freundschaftliche Bitte gerichtet, sie möchten sich doch mit den

gelben Verbänden

den wirtschaftsfriedlichen Verbänden, zu gemeinsamem Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammenfinden. Meine Herren, ich habe gleich bei seiner Rede dem Herrn Dr. Arendt abgewinkt und möchte heute ihm doch sagen, wenn er glaubt, mit den wirtschaftsfriedlichen Verbänden die soziale Krise zu überwinden, vor der Deutschland steht, dann tut er mir außerordentlich leid. (Sehr gut!)

Die soziale Krise, soweit sie sich auf die Arbeiterbewegung bezieht, kann nicht mit rückgratlosen Elementen überwunden werden. (Sehr richtig!) Sie kann nur mit aufrechten Menschen überwunden werden, die nicht bloß arbeiten, sondern für geleistete Arbeit auch ihr Recht verlangen, die ihre Arbeiterpflichten anerkennen, aber auch auf ihren Rechten bestehen.

Meine Herren, es liegt mir fern, irgendwie persönliche Schmähungen gegen die Werkvereine von dieser Stelle aus zu richten. Aber das muß ich doch sagen: die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine sind doch keine selbständigen Arbeiterorganisationen. (Sehr richtig!) Das ist doch nicht wie in Frankreich, wo sich die gelbe Bewegung als Abspaltung der anderen gewerkschaftlichen Organisationen wegen des übertriebenen Radikalismus und Syndikalismus gebildet hat. Nein, was wir als gelbe Gewerkschaften und als Werkvereine bezeichnen, das sind Gründungen der Unternehmer, die im Interesse der Unternehmer gemacht werden, und die Arbeiter lassen sich dazu — ich will nicht sagen: mißbrauchen — nun, es gibt Menschen, die nicht genügend Standesgefühl und Selbstbewußtsein haben, um an die Zukunft ihrer Klasse und ihres Staates glauben zu können. Das ist das Geheimnis der Dinge.

Meine Herren, die gelben Gewerkschaften stören auch gewaltig die Arbeit unserer konfessionellen Organisationen. (Sehr richtig!) Meine Herren, wenn das richtig ist, daß wir nur rückgratlose, überzeugungstreue, charakterfeste Menschen in den Arbeiterkreisen brauchen können, so müssen wir sie erziehen auf Grund unserer religiösen und staatslichen Tugenden, die wir haben. Die gelbe Gewerkschaftsbewegung ist eine Gefahr für die konfessionelle Bewegung, wie auch für die nichtsozialistischen Gewerkschaften anderer Richtungen. (Sehr richtig!)

Also, das können wir nicht machen, das werden wir niemals tun, um so weniger, als sich die vernünftigen wirtschaftsfriedlichen Ziele durchaus mit der christlichen Gewerkschaftsidee vereinbaren lassen.

Wir führen den Kampf für unser Recht auch durch den Streik, meine Herren, aber nicht den Kampf um des Kampfes willen, sondern den Kampf um des Friedens willen. Wir kämpfen für die Gleichberechtigung und Selbständigkeit der Arbeiter in ihrem Arbeitsverhältnis, aber erkennen die Stellung des Arbeitgebers als Betriebsleiter und Unternehmer in seiner Autorität an. Von der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften wird es abhängen, ob sich die soziale Krise in Deutschland friedlich gestaltet oder schließlich in einer Katastrophe endet. Wer die christlichen Gewerkschaften bekämpft, fördert — wenn auch ungewollt — die Sozialdemokratie.“

Die Lage in der Weißblechindustrie

Die augenblicklich weniger günstige Geschäftslage im Wissemers-Weißblechwerk, die sich in der Entlassung von Arbeitern und Einlegung von Forderungen bemerkbar macht, hat eine Versammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes veranlaßt, sich ausführlich mit der Gesamtwirtschaftslage der Weißblechindustrie zu beschäftigen. Die Notwendigkeit dieser Erörterung — so führte der Referent Kollege Mauer, Siegen, aus — sei schon deshalb erwiesen, weil nicht eingeweihte oder einseitig urteilende Kreise, die Arbeiter für die Forderungen und Entlassungen verantwortlich machten und womit dann unliebsame Schlussfolgerungen begründet würden.

Der Geschäftsgang des hiesigen Werkes entspreche fast genau der gesamten deutschen Weißblechfabrikation. Deutschland habe seither keinen Hauptbedarf an Weißblech von England bezogen. Erst in der letzten Zeit hätte sich die deutsche Weißblechproduktion soweit aufgehoben, daß sie in der Lage sei, zwei Drittel des deutschen Bedarfs herzustellen. Dadurch wurde die englische Konkurrenz erheblich zurückgedrängt. Letztere suche nun die unsequenere deutsche Konkurrenz durch Kampfpreise niederzurufen. Die Ueberzeugung an Weißblech in England verschämmere die Lage noch mehr, diese führe geradezu zu einer Verschleuderung der Ware. Selbst eine 25prozentige Einschränkung der Produktion in 4 Monaten vermochte in England keinen Ausgleich herbeizuführen. Das hiesige Weißblechwerk sei gleich den meisten deutschen Betrieben mit der vollen Erzeugung dem Weißblechverkauferkontor in Köln angeschlossen. Dessen Preise waren schon im vorigen Jahr um 12 Prozent höher, als die der englischen Konkurrenz. Dabei sei noch zu berücksichtigen, daß die Engländer Seefracht, Zoll usw. zu tragen haben und ihre Rohstoffe zumeist von Deutschland beziehen. Bei der jüngsten Verbindung von Weißblech der Hannoverischen Eisenbahnverwaltung differenzieren die Preise — je eine Riste von 50 Tafeln von einzelnen Sorten — um 1 Mark zwischen einem Handel mit englischer Fabrikat und dem deutschen Weißblechverkauferkontor. Verschiedentlich neige man zu der Ansicht die Preispolitik des letzteren sei gegenüber der englischen Fabrikation eine ungünstige. Die Preise seien zu hoch gehalten. In der Handelspresse sei auch die Frage diskutiert worden, daß Deutschland, welches doch den Stahl für das englische Weißblech liefert, diesen in Preise heraufsetzen sollte oder durch erhöhte Zölle einen Einfluß auf die englische Konkurrenz herbei zu führen habe. Die Lösung dieser Fragen sei jedoch — so wurde auch dargelegt — sehr schwierig. Der Weltmarkt habe hierbei erheblichen mitzubestimmen. Auch könnte die deutsche Rohstoffproduktion dadurch mehr geschädigt werden, als für die Weißblechindustrie zu retten sei.

Immerhin sei eine Hoffnung auf baldige Besserung vorhanden. Infolge des verbilligten Geldes erwarte man allgemein, daß sich im Frühjahr mit neuer Kraft die Bautätigkeit entfalten werde. Die Lage auf dem Zinnmarkt beginne sich ebenfalls zu bessern, wovon eine Preissteigerung des Weißblechs erhofft wird. Wenn das in Wissen im Bau begriffene Werk fertig sei, würde das dort überschüssige Hochofengas Verwendung im Weißblechwerk finden, wodurch die Betriebskraft sich verbilligere. Und endlich würde auch das Weißblechverkaufskontor nach dem Rechten zu sehen haben.

Die Erörterung und Verfolgung dieser Fragen seien auch für die Arbeiter dringend geboten. Es ergebe sich daraus, daß die Arbeiter an der Rentabilität der Werke großes Interesse haben und es im übrigen Unrecht sei, jede Gelegenheit zu benützen, um die Arbeiter spüren zu lassen, was die augenblickliche Lage mit sich bringe. Könnte durch die Gewerkschaften auch kein bestimmender Einfluß auf Konjunktur ausgeübt werden, so seien sie doch in der Lage, gesellschaftliche Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hintanzuhalten und später dahin zu wirken, daß die Arbeiter von den guten Zeiten ihren Teil mitbekämen, wodurch der Schaden an der schlechten Zeit wieder wettgemacht würde. Redner forderte deshalb die Arbeiter auf, die Mitgliedschaft im christlichen Metallarbeiterverband nicht nur nicht allein aufrecht zu erhalten, sondern ihn auch nach Kräften neue Mitglieder zuzuführen.

Wohin die Gelblucht führt

Vor Jahren sah es im tonangebenden Betriebe der Fuldaer Metallindustrie, in dem Fuldaer Stanz- und Emaillewerk F. C. Bellinger, nicht zum besten aus: Von geregelten Löhnen, Arbeitszeit und Akkordpreisen, war keine Rede. Die Arbeiterschaft fühlte sich nicht als Ganzes, von einer Organisation keine Spur und so hatte die Firma leichtes Spiel. Sie konnten den „Herrn-im-Hause-Standpunkt“, ganz nach Belieben auf allen Gebieten zum Ausdruck bringen. Mit der Zeit wurde das anders. Der Organisationsgedanke hielt auch unter dieser Arbeiterschaft seinen Einzug. Nach Ueberwindung mancherlei Schwierigkeiten, die die Firma schon damals machte, fand sich diese damit ab und erkannte die Organisation an.

Das war im Jahre 1905. Von da ab gelang es Zug um Zug auf dem Verhandlungswege, eine Verbesserung der gesamten Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzuführen. Mindestlöhne mit festgelegten Steigerungsfristen wurden eingeführt, die Arbeitszeit geregelt und die Nachschichten für einzelne Abteilungen abgeschafft. Für die Brenner und im Stanzwerk konnte die Schichtdienstzeit erzielt werden, wie auch die sanitären Verhältnisse Verbesserung fanden. Im Laufe der Jahre suchte die Firma verschiedentlich durch kleinliche Schikanen die Arbeiterschaft von der Organisation wegzubringen. Namentlich wurden die Kollegen geduldet, die in den ersten Reihen standen. Man scheute nicht davor zurück, sie brotlos zu machen und untergrub ihnen die Existenz in Fulda. Trotzdem blieb die Arbeiterschaft fest in der Organisation, denn sie wußte, daß nur durch festen Zusammenhalt Verschlechterungen abgehaltem und weitere Verbesserungen erzielt werden konnten. Das ging gut bis zum Jahre 1911.

In der vorherigen Krisenzeit hatte die Firma starke Reduzierungen der Akkordpreise vorgenommen und die festgelegten Lohnsteigerungsfristen nicht innegehalten. Dadurch war die Einklinkung einer Bewegung notwendig geworden. Bei dieser Bewegung setzte die Firma der Arbeiterschaft sehr scharfen Widerstand entgegen. Dies ist hauptsächlich auf das Konto eines neuen Herrn zu buchen, der an Stelle seines verstorbenen Bruders ins Geschäft eintrat. Immerhin bequeme sich die Firma durch diese Bewegung zu der Erklärung, daß sie die alten Abmachungen respektieren und die Löhne mit den Steigerungsfristen in Kraft bleiben sollten. Es wurden sogar die Steigerungsfristen für alle nachgeholt und ausgezahlt.

Nach der Bewegung aber, setzte der neue Sozjus es durch, daß ein gelber Werkverein gegründet wurde. Als Grundlage hierfür wurde ein früher einmal bestandener Gesangverein der Arbeiterschaft benützt und einige Schmaroker und Liebediener, wie auch die Vorarbeiter und der ganze Beamtenstab, benützte die in Fulda ohnedies schon sehr große Vengstlichkeit der Arbeiter, um sie für den gelben Werkverein zu gewinnen. Wir wollen hier jetzt nicht auf Einzelheiten dieser Gründung eingehen, sondern nur feststellen, daß alles was wir damals in Versammlungen und in Flugblättern den Arbeitern gesagt haben, voll und ganz eingetroffen ist. Seit dieser Zeit ist es vorbei mit einem Aufstiege des Arbeiterstandes, und von einem Anteil an den kulturellen Errungenschaften der gegenwärtigen Zeit kann keine Rede sein.

Abzüge und Lohnkürzungen brachte die gelbe Gründung mit sich und der größte Teil der Arbeiter ist heute auf Gnade und Ungnade der Firma ausgeliefert. Einer Reihe von Arbeitern ist die Existenzmöglichkeit fast ganz genommen. Gewiß werden die notwendigen Bedürfnisse beim Werkskonsumverein auf Borg abgegeben, aber täglich nur so viel als der Arbeiter gerade verdient hat. Weil aber auch Gelbe unter allen Umständen leben müssen, so bleibt manchen nur dieser Weg offen, aber am Jahltage dann folgt erst recht der Jammer dieser Wohlfahrt für die Arbeiter. Sind doch schon öfter Fälle zu verzeichnen gewesen, wo Arbeiter mit 2, 3, 4 Mark, aber auch mit ganz leeren Lohnbüchsen nach Hause geschickt wurden. Da nur im Monat zweimal Zahltag ist, so gehen wieder 15-16 Tage hin bis zum nächsten Zahltag. Wovon solche Arbeiter inzwischen leben sollen ist rätselhaft. Es muß am nächsten Tage wieder im Werksvereinskonsum geborgt werden und so geht es weiter, ein Leben auf Pump. Wo die Mittel herkommen für Neuanstellungen, Reparaturen, Wohnungsmiete etc., ist schleierhaft. Es soll schon so weit sein, daß Fuldaer Hausbesitzer keine Wohnung an Arbeiter des Stanz- und Emaillewerkes vermieten. Sie meinen, diese Leute könnten trotz gutem Willen die Miete gar nicht bezahlen.

Daß unter solchen Umständen die Arbeiterschaft wieder zur Organisation greifen würden, wußten auch die Macher der Gelben. Um die Leute bei der Stange zu halten, wurden Feste veranstaltet und an die Kinder Sückerliten verteilt. Ausflüge mit Kaffee, Kuchen und Bier fanden ebenfalls statt. Die dabei gemachten Erfahrungen sollen allerdings nicht vom besten gewesen sein, denn im letzten Jahre gab es nichts mehr. Desto mehr wurden die Akkorde „reguliert“ und sonstige Verschlechterungen eingeführt, man wußte ja, daß die Arbeiterschaft keinen Rückhalt mehr hatte und sich nicht zur Wehr setzen konnte. Heute nun liegen die Dinge so, daß man schon zu hören bekommt: „Wenn es gar nicht mehr geht, dann gehen wir zu den Roten“. Nun für uns wäre das nicht verwunderlich, denn wir haben es bereits früher gesagt, wohin letzten Endes die gelbe Seuche führt.

Wenn es aber wahr werden sollte, daß die Arbeiter in ihrer Verzweiflung Hilfe bei den Sozialdemokraten suchen würden, dann ist es einzig und allein durch die verkehrte Politik der Firma soweit gekommen. Sie könnte den zweifelhaften Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die christl. Stadt Fulda an die Sozdemokratie ausgeliefert zu haben.

Wir aber fragen heute die Arbeiterschaft, muß es und soll es so kommen? Da kann die Antwort nur lauten „Nein“. Die Arbeiterschaft sollte sich nur aufrufen und sich wieder dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen, der früher ihre Interessen so wirksam und erfolgreich vertreten hat. Dieser kann und wird es auch noch heute tun. Wenn die Arbeiter wieder Vertrauen zu ihrer eigenen Kraft gewinnen, dem Verband beitreten und Opferwilligkeit zeigen, dann wird es ihnen möglich sein, wieder als freie Männer auf die Gestaltung ihrer Verhältnisse Einfluß zu bekommen.

Erfreulicherweise sind solche Anzeichen da, und das kam durch die Firma selbst bei Gelegenheit des letzten Festes in der Fuldaer Stadthalle am 3. Januar 1914. Dieses Fest hatte zunächst seine Ursache darin, weil die Arbeiter bei Gelegenheit der Hochzeit des neuen Sozjus, diesem ihre „Liebe und Anhänglichkeit“ bewiesen, indem auch sie ein Geschenk, eine Ständuhr im Werte von 250 Mark überreichten. So ganz freiwillig soll, wie man hört, dieser Betrag nicht zusammengekommen sein. Mit dem Feste verbunden war die Prämierung der Jubilare, die 25 Jahre dem Betrieb ihre Kräfte geopfert haben, wofür sie ein Diplom erhielten. Um bei diesem Feste die richtige Stimmung auszulösen und als Gegenleistung für das Hochzeitsgeschenk gab es für alle Arbeiter und Arbeiterinnen bis zu 18 Jahren 3 Biermarken, für solche über 18 Jahren 6 Stück und für die Arbeiter noch 3 Zigarren. Die Festteilnehmer erhielten auch 2 Würstchen. Als die richtige Stimmung unter den Festteilnehmern vorhanden war, kam der Höhepunkt in Gestalt der Festrede, die der Herr Chef Reichert selbst hielt. Wie uns versichert wird, hat die Rede viele Arbeiter zum Nachdenken veranlaßt. Daß das gute Verhältnis zwischen Firma und Arbeiterschaft den Grundton zur Festrede abgab, dürfte nicht verwundern. Der Festredner rief dann mit Begeisterung aus: „Das gute Verhältnis sei dadurch bewiesen, daß bereits 54 Jubilare (in einem Betriebe von circa 800 Leuten und über 30jährigem Bestehen) vorhanden seien, „das macht uns Niemand nach“. Weiter sagte er: „... und dies trotzdem schon wiederholt von einer Seite versucht worden ist, Zwietracht unter die Arbeiterschaft zu säen, aber immer prallte alles an dem gesunden Sinn der Arbeiter ab“. Gerade dieser Satz des Herrn Festredners war es, der den denkenden Teil der Arbeiterschaft daran erinnerte, wann und zu welcher Zeit es um ihre Interessen am besten bestellt war. Schade nur, daß die Rede nicht etwas deutlicher wurde, denn es gab eine Zeit, in welcher der Festredner selbst anerkannte, daß die Organisation der Arbeiter berechtigt sei. Ferner hat er in Anwesenheit des Organisationsvertreters, allen Vorarbeitern strenge verboten, „Zwietracht“ unter die Arbeiterschaft wegen Zugehörigkeit zur Organisation zu säen. Wenn der Festredner sich weiter klar darüber ist, was es heißt, wenn Arbeiter sagen: „Wenn es nicht mehr geht, dann gehen wir zu den Roten“, dann dürfte er auch wissen, wer und von wo aus die Zwietracht gesät wurde. Diese Zwietracht kam nicht von außen, sondern durch die zwangsweise Einführung der Gelben, durch den Werkskonsum, durch die fortgesetzten Lohn- und Akkordregulierungen und durch den Druck, der auf die Arbeiter ausgeübt wurde, die noch Mannesmut bezaßen und sich nicht einfach eine kriecherische Gesinnung aufoktroyieren ließen.

So liegen die Dinge im Stanz- und Emaillewerk zu Fulda. Traurig sind die Verhältnisse. Eine Freude aber ist es, daß gerade durch diese Festrede, ein Teil der Arbeiter wieder auf andere Gedanken gebracht wurde. Daß sie aufgerüttelt wurden aus ihrer Gleichgültigkeit und daß sie eifrig mehr darüber nachdenken, wie es einst und jetzt in der Fuldaer Emailleindustrie ausseh und sieht.

Hoffen wir, daß sie nunmehr auch bald wieder den Weg finden in ihre Interessensvertretung und das ist und kann in Fulda nur sein: Der christliche Metallarbeiterverband.

Allgemeine Rundschau Zum Gewerkschafts'treit

Das Zentralblatt des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Nr. 5/1914 schreibt:

In den jüngsten Auseinandersetzungen um die christlichen Gewerkschaften, bei denen wieder einmal Ströme von Linte verbraucht wurden, haben wir nur einige Bemerkungen zu machen. In zahllosen Leitartikeln sozialdemokratischer und bürgerlicher Blätter wird den christlichen Gewerkschaften zum so und sovielen Male ihr Ende prophezeit. Das Hauptorgan der sozialdemokratischen Gewerkschaften erklärt an die katholischen Arbeiter bereits die Einladung zum Uebertritt in die sozialistischen Organisationen. All das ist indes nicht entscheidend; entscheidend ist, was die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften selbst tun. Und diese haben auf das Getöse der letzten Wochen die einzig richtige Antwort gegeben; sie haben in verschiedenen Bezirken eine systematische vorbereitete Hausagitation durchgeführt und in 14 Tagen den Mitgliederbestand der christlichen Gewerkschaften um über 6000 gesteigert. Das ist die wirksamste Abwehr gegenüber den ewigen Quengelleien, womit man die christlichen Gewerkschaften unaufhörlich zu beunruhigen sucht: man redet nicht mehr, man handelt!

Verschiedene Tageszeitungen, selbst solche, die den christlichen Gewerkschaften freundlich gesinnt sind, hielten die Zuschauerrolle die diese während der letzten Kampfkampagne beobachtet haben, für verfehlt. Das Verhalten der leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften war indes von sehr einfachen Erwägungen diktiert. Die Grundlagen der christlichen Gewerkschaften sind in mehr als jahrzehntelangen Ringen klar und deutlich herausgearbeitet und in dem Kampfsjahre 1912 in nicht weniger als fünf Erklärungen endgültig festgelegt worden (2. März auf einer Versammlung in Köln, 3. und 19. Juni gelegentlich der Pfingstvorgänge, 7. Oktober und 26. November auf den Kongressen in Dresden und Essen). Neues haben die christlichen Gewerkschaften nicht zu sagen und Alles immer wieder erneut auszusprechen, erscheint der Leitung der christlichen Gewerkschaften sehr überflüssig. In der letzten Entscheidung des Essener Kongresses wird in den Schlusssätzen ausgesprochen: „Die christlichen Gewerkschaften sind mit dem wirtschaftlichen und nationalen Leben Deutschlands aufs engste verknüpft; sie sind die einzige deutsche Gewerkschaftsorganisation, die sich neben der sozialdemokratischen Bewegung einflussreiche Bedeutung verschafft hat; sie sind nach deutschen Verhältnissen eine soziale, wirtschaftliche

und nationale Notwendigkeit. Staat und Volksgemeinschaft haben ein Lebensinteresse daran, daß nicht die antinationale, christentumsfeindliche Sozialdemokratie die allein herrschende Monopolstellung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung erlangt. In Charakter, Organisationsform und künftiger Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften wird aus allen diesen Erwägungen nichts geändert werden. Wir arbeiten weiter wie bisher.“ Und dabei bleibt es!

Ein angeblicher christlicher Krankenkassenandal

Die „alle ehrliche“ Genossenpresse überschlug sich dieser Tage wieder einmal, wegen einem angeblichen christlichen Krankenkassenandal. Es handelt sich um die Ortskrankenkasse der Handwerker in Krefeld, an deren Spitze ein Beamter des christlichen Bauarbeiterverbandes, namens Schwarz, stand. Der Kassenleitung wird vorgeworfen, ihre Geschäfte wären so in Unordnung, daß die für den 1. Januar 1914 vorgesehene Ueberführung in die allgemeine Ortskrankenkasse erst mehrere Monate später erfolgen könne. Ferner wird behauptet, daß dem Rentanten Kamper eine Pension in der Höhe des vollen Gehaltes, jährlich 4500 M. bewilligt, und zur Sicherstellung dieser Pension aus dem Kassenvermögen 170 000 M. festgelegt worden seien.

Wie nun aus öffentlichen Erklärungen des Kassenvorstandes in der Krefelder Tagespresse hervorgeht, liegen die Verhältnisse aber ganz anders. Demnach sind die Verhandlungen über die Pensionierung des Rentanten noch nicht abgeschlossen, mithin ist auch die Höhe der Pension noch nicht bestimmt. „Soviel kann aber gesagt werden, daß die Pensionierung mit vollem Gehalte nicht stattfindet“, heißt es in der betreffenden Erklärung. Die Sicherheit von 70 000 M., nicht 170 000, sei nur eine vorläufige, und sei deshalb notwendig gewesen, weil die Kasse der Handwerker demnach in die allgemeine Ortskrankenkasse überführt würde, ohne eine Rechtsnachfolgerin zu haben. Daß die Abwicklung der Geschäfte bis 1. Jan. nicht erfolgen konnte, liegt darin begründet, weil die Kasse es mit einer großen Zahl kleiner leistungsunfähiger Unternehmer zu tun hätte und infolgedessen einen erheblichen Teil der Kasseneinträge gerichtlich eintreiben müsse. Ueber den Zeitpunkt der Rechnungsablage und Uebergabe des Vermögens sei schon im Januar eine Verständigung mit dem Versicherungsamt herbeigeführt worden.

Soweit das hauptsächlichste aus der Darstellung des angegriffenen Kassenvorstandes, woraus ohne weiteres ersichtlich ist, daß von einem „Skandal“ nicht geredet werden kann. Im übrigen ist die sozialdemokratische Presse in letzter Linie besüßigt, aus solchen Vorgängen Kapital zu schlagen. Die Sozialdemokratie hat an den Krankenkassenandalen aus dem eigenen Lager genug Dreck vor ihrer Tür zu fegen. Erwinnert sei nur an Solingen, Düsseldorf, Leipzig, München-Dorblöfen usw. Gegenüber dem sozialdemokratischen Spektakel über die Pension von 4500 M. erinnert der Vorstand der Krefelder Ortskrankenkasse der Handwerker daran, daß in der von Sozialdemokraten verwalteten Ortskrankenkasse für Fabrikbetriebe in Elberfeld dem Rentanten M. eine Pension in Höhe des vollen Gehaltes von 6000 M. pro Jahr zugesprochen wurde. Der Mann ist nur 52 Jahre alt, während der Rentant in Krefeld 65 Jahre alt ist und 39 Jahre im Dienste der Kasse gestanden hat. Ueber den Elberfelder Fall, der viel krasser liegt wie der noch gar nicht erledigte in Krefeld, hat sich die sozialdemokratische Presse bis heute noch nicht entäußert.

Dem roten Gesäret müßten wir auch noch einige protokolllarisch festgelegte Tatsachen aus einer ausschließlich von Sozialdemokraten geleiteten Krankenkasse gegenüberstellen. Die Zentral-Krankenkasse und Sterbekasse in Meßsen hielt vom 31. August bis 1. September 1913 in Dessau eine außerordentliche Generalversammlung ab. Nach dem vorliegenden Verhandlungsprotokoll hatte sich die Generalversammlung mit nichts anderem zu beschäftigen, als den Umlaufstil in der Geschäftsstelle auszuräumen. Aus dem Protokoll ist zu entnehmen, daß der Kassentendant Reinhold 9500 M. unterschlagen hat. Auch wurden einem anderen Kassentendanten Veruntreuungen von circa 1000 M. zur Last gelegt. Es muß an der Leitung der Kasse ziemlich freigebig hergegangen sein. Das Ausschussmitglied Strennstedt (Dresden) schilderte laut Protokoll die Zustände in der Verwaltung dieser sozialdemokratischen Krankenkasse wie folgt:

„Die Wahlkreisanteile, (Druckkosten) die vor 1910 stets mit 150 M. angesetzt war, haben wir auf 95 M. herabgedrückt. Sachen, die früher 105 M. gekostet haben, bekommen wir jetzt für 82 M. Für die Bierlieferungsabrechnungen hat man uns früher 76 M. in Rechnung gestellt, heute bekommen wir sie infolge wiederholter Beanstandungen für 22 M. geliefert. Und Müller, der sie früher für 76 M. geliefert hat, hat sie uns jetzt schon für 18,75 M. angeboten. In Bezug auf die Statuten erklärte mir der Geschäftsführer 1910 auf der Generalversammlung, es sind 40 000 Statuten angeschafft. Als wir zur Revision kamen, hatten sie sich auf 50 000 vermehrt. Wo die Rechnung hergekommen ist, weiß ich nicht. Ich war der Meinung, daß da auch eine Unterschlagung vorlag. Die Statuten, die 1532 M. gekostet haben, hätten mir in der Dresdener „Volkszeitung“ für 1180 M. haben können. Die 27 000 Stück Protokolle von der Berliner Generalversammlung hat Müller für 2479,5 M. geliefert. In anderen Druckereien hätten wir sie für 1200 M. haben können. 15 000 Statuten sind schon um 233 M. billiger geliefert worden als im Jahre 1908. Im Jahre 1908 wurden für 10 000 Krankenscheine 70 M. bezahlt, jetzt erhalten wir sie für 49 M. Reinhold hat von den Lieferanten Schmiedler bekommen. Einen Beweis dafür haben wir allerdings nur bei seinen Markenslieferanten. Dieser Herr, der sehr bester Freund war, hat in einem Wutanfall darüber, daß Reinhold ihn mit 1200 M. angepömpelt hat, geküßelt, seit 1910 habe Reinhold sich stets die Dividende vorher von den Arbeiten in Abzug gebracht. Früher habe er wenigstens so lange gewartet, bis er ihm das Geld selber gegeben habe. Die anderen Schmiedler bekommen sich wohl auf 1500 M. Die selben Lieferanten machen jetzt Presse, die weit unter der Hälfte der früheren sind.“

Bemerkt sei noch, daß der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Lepoldt, Geschäftsführer der Zeiger sozialdemokratischen Druckerei ist.

Die Äbrigen und Selbigen der Sozialdemokraten

Es ist eine bekannte Tatsache, daß sich die sogenannten freien Gewerkschaften am Leitfaden der Sozialdemokratie befinden. Um dieser Selbigeischaft nach außen hin den unangenehmen Stachel zu nehmen, tut man so, als seien die Gewerkschaftssozialisten in der roten Partei tonangebend. Anders ist das Wort Bismarcks: „Partei und Gewerkschaft ist eins“ und der Ausspruch H. Söllners: „Die Gewerkschaften sind die Vor-

lei" nicht aufzufassen. Daß es anders ist, bewies die Geheimkonferenz der sozialdemokratischen Verbandsvorstände auf der sie bligten: Fußtritte ins Kreuz haben wir Gewerkschaftssozialisten von der roten Partei erhalten. Aufs neue bestätigt wurde diese unwürdige Leibeigenschaft der roten Gewerkschaften in der bekannten Diskussion von der Masse und ihren Führern. Und wenn der rote Versicherungsgeneral U. v. Elm auch noch so empört rief im Korrespondenzblatt der soz. Gewerkschaften: „Komödianten seid ihr ja doch alle“, geholfen hat es nichts. Im Gegenteil.

Reiflos sind sie eingeschwenkt die Gewerkschaftssozialisten unter die Parteifuchtel. Man hat ihnen das Kreuz gebrochen. Wer daran zweifelt, der nehme sich die Nr. 9 der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung zur Hand. In einem Artikel, betitelt: „Die rote Woche“, ist da u. a. zu lesen:

„Vom 8. bis zum 15. März wird durch das ganze Reich eine durchgreifende Agitation für die sozialdemokratische Partei und deren Presse stattfinden. . . Gegen die Sozialdemokratie aber (findet) ein Keilstreifen der gesamten Reaktion! (statt). Wir Sozialdemokraten nehmen den Kampf auf. Aber wir brauchen dazu starke und geschlossene Scharen, und darum soll die rote Woche Tausende und Abertausende unserer Organisation (der sozialdemokratischen Partei) zuführen, unserer Parteipresse Tausende und Abertausende neuer Leser bringen. Unerschütterlich müssen unsere Genossen, (die Mitglieder des angeblich neutralen beruflichen Metallarbeiterverbandes) allerorts an die Organisation der Arbeit für die rote Woche gehen. Überall ist den Volksmassen klarzumachen, was auf dem Spiele steht, und daß gegen die Macht der anstürmenden Reaktion nur eine mächtige Organisation der Sozialdemokratie Schutz bietet. Auf zur Arbeit für die rote Woche!“

Die sozialdemokratische Partei pfeift und widerspruchslos folgen ihre Leibeigenen, die roten Gewerkschaftler, in die Arena wie die Gladiatoren im alten Rom. Von Selbständigkeit keine Spur. Sie müssen . . . sonst gibts „Fußtritte ins Kreuz“.

Aber mit der Rückgratzertrümmerung der freien Gewerkschaften ist die sozialdemokratische Partei noch nicht zufrieden. Eine komplette Enthauptung der einzelnen roten Verbände wird verlangt:

In der Neuen Zeit, dem wissenschaftlichen Organ der Sozialdemokratie, diskutiert man zurzeit über die beste Organisationsform der Gewerkschaften. Manchem Parteigenossen genügt die jetzige Abhängigkeit der „freien“ Gewerkschaften von der Partei noch nicht, sie möchten die Keite noch fester schmieden. Um das zu erreichen, wird vorgeschlagen, die „freien“ Gewerkschaftsverbände — 50 an der Zahl — in einer Einheitsorganisation zu vereinigen, um die Aktionsfähigkeit zu erhöhen. Als bestes Mittel zum Zweck bezeichnet ein anderer Aufsatz (Neue Zeit Nr. 18, vom 30. Januar 1914) folgendes:

„Die Schulung der Hunderttausende politisch-indifferenter Gewerkschaftsmitglieder zu überzeugten Sozialdemokraten kann uns aus dem Dilemma der Aktionsunfähigkeit befreien. Nicht nur Mitglied der wirtschaftlichen, nein, auch Mitglied der politischen Organisation der Arbeiterklasse zu sein, ist Vorbedingung für ein erprobliches Verhältnis zwischen Führer und Massen. Haben wir erreicht, daß die gesamte gewerkschaftlich organisierte Arbeitermacht allein der Sozialdemokratie zugeführt ist, dann können wir auch guten Mutes der Zeit entgegengehen, wo politische Aktionen durch gewerkschaftliche Maßnahmen unterstützt werden müssen. Ja, dann braucht die Partei nur zu rufen, und alle, alle kommen!“

Diese Leute, die sich völlig in der Leibeigenschaft und Hörigkeit der Sozialdemokratie befinden, erkühnen sich den christlichen Gewerkschaften Abhängigkeit vorzuwerfen. Wer denkt nicht an den alten Gaunertrick des Spitzbuben, der sich verfolgt sah und dann selber aus Leibeskräften schrie: „Haltet den Dieb!“

Alle denkenden Arbeiter aber sollten daraus die rechte Lehre ziehen und den leibeigenen Anhängern der Sozialdemokratie den Rücken kehren.

Die neue Epoche

Nach der Reichstagswahl im Januar 1912 da schwellte Stiegeswöl die Brust der Genossen; Mit dem Einzug der roten 110 in den deutschen Reichstag, glaubten sie, würde eine vollständige Umwandlung der Dinge vor sich gehen. Und das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes konstatierte (Nr. 3, 1912) angelehnt der Vermehrung der sozialdemokratischen Wählerstimmen und Reichstagsmandate:

„Damit beginnt eine neue Epoche in der inneren und äußeren Politik des Deutschen Reiches.“

Völlig festgestanden meinte die Metallarbeiterzeitung, es ist möglich, daß Bethmann Hollweg in die Wüste geschickt wird, und weiter hieß es in dem Blatt, zunächst müsse für den Reichstag die Proportionalwahl eingeführt werden. Das Andere würde schon kommen.

Was ist von all den Siegeshoffnungen eingetroffen? Die Antwort darauf gibt die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung in ihrer Nr. 9, 1914. In dem Artikel: „Die rote Woche“, in dem sie die Mitglieder des angeblich neutralen deutschen Metallarbeiterverbandes auffordert, Mitglieder und Zeitungsabonnenten zu werben für die rote Umsturzpartei, heißt es unter anderem:

„Und dann die Inspizierung der Verhältnisse auf rein politischem Gebiete. Im Zollwunder wird nichts geändert, wenigstens nichts zugunsten der breiten Masse des Volkes, eher kommt der „Inkarnations-Jollitar“, der neue Befehlungen der Arbeiter und neue Gewinne dem Zuckerhüte verheißt.

Der Militarismus triumphiert über die Befreiungsrechte der Bürger und neue Militärvormehrungen werden die militärische Ueberhebung bis zum Wahnsinn steigern. Auch sind die Militärs zur Deckung der letzten Heeresvermehrung nicht angebracht und schon wagen sich die Küstungsstreiter mit neuen Forderungen ans Tageslicht, die neue, unermeßliche Belastung des Volkes in Aussicht stellen. Die Reichswehr aber ist: Fortbauer der politischen Abhängigkeit des Volkes. Sohinachend weißt man jede Forderung auf Ausbau der Befreiungsrechte ab, geht vielmehr mit kampflosem Ignoranz daran, solche Rechte, wo sie noch bestehen, zu vernichten.“

Dem möchten wir noch anfügen, daß unter der Herr der roten 110 die Gesetzgebungsmacht auf sozialpolitischem Gebiete fast eingetroffen ist. In der gleichen Zeit bewilligte der Reichstag die größte Militärvorklage seit Bestehen des Deutschen Reiches. So sieht also die behauptete „Neue Epoche“ aus. Was den Genossen halb dämmert? Wir zweifeln. Sie stehen sich eine Scheibsel in die Kravatte und schmücken ihr Heim mit Marx, Hebel, Singer, Löffel etc. Büsten und Bildern. Die Loren!

Streiks und Lohnbewegungen

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Essen-Bergeborbeck. Auf der Zinkhütte in Bergeborbeck bestehen Differenzen.

Lobberich bei Krefeld. Bei der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Lillm. Schmeß, stehen die Arbeiter wegen Verteilung des Koalitionsrechts im Kampf.

Möhlen (Westf.). Bei der Firma Kötering und Beckmann bestehen Differenzen.

Breslau. Auf der Waggonfabrik Linke-Hoffmann stehen die Arbeiter im Streik.

Krefeld. Bei sämtlichen Firmen der Vereinigung Krefelder Elektro-Installationsfirmen stehen die Monteur- und Hilfsmonteur wegen Tarifbruch der Arbeitgeber im Streik.

Monheim a. Rh. Auf den Mineralölwerken Rhénania stehen die Schlosser wegen Verteidigung des Koalitionsrechtes im Streik.

Zugzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 8. März der erste Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 15. März fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Mitteilungen. Ein Jahr der Arbeit liegt hinter uns, und auch ein Jahr des Erfolges, denn wo andauernd und intensiv gearbeitet wird, sind auch Erfolge zu verzeichnen. Es ist uns gelungen, unsere Mitgliederzahl von 170 im Jahre 1912, auf 202 im Jahre 1913 zu steigern, trotzdem wir 11 Kollegen zu des Königs Fahnen abgeben mußten. Ein Kollege ist gestorben.

Der Dortmunder Verbandstags-Beschluß betr. Hausagitation ist in unserer Sektion durchgeführt worden, denn von den gemachten Neuaufnahmen sind 98 Prozent auf Konto der Hausagitation zu buchen. (Im 4. Quartal 1913 sind allein 34 Mitstreiter durch dieselbe dem Verband gewonnen worden. Leider ist aber die Laftage zu verzeichnen, daß nur eine beschränkte Anzahl Kollegen an der Hausagitation teilnimmt. Hoffentlich tritt hierin Besserung ein.

Unsere Jugendabteilung hat sich im vergangenen Jahre um ein Bedeutendes vermehrt.

Das Versammlungsweesen ließ allerdings zu wünschen übrig, darüber legte der Vorsitzende eine interessante Statistik der Generalversammlung vor. Laut Anwesenheitsliste waren nur vier Kollegen in allen zwölf Versammlungen, sechs Kollegen in elf, zwölf Kollegen in zehn, zehn in neun, 14 in acht, 18 in sieben, zwölf in sechs, 21 in fünf, 36 in vier, 29 in drei, 41 in zwei, 63 in einer Versammlung. 71 Kollegen unserer Sektion haben es überhaupt nicht für nötig befunden, an einer Versammlung teilzunehmen. Der Durchschnitts-Versammlungsbesuch war 35-40 gleich 20 Prozent. Dies Ergebnis kann durchaus nicht befriedigen; hier muß der Hebel angefaßt werden, um im neuen Jahre ein besseres Resultat zu erzielen. Kollegen von Mitmenschen! Also auch im neuen Jahre ist Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden. Jetzt heißt's: Nicht auf den erregenen Lorbeeren einschlafen, denn Stillstand ist Rückgang, sondern frisch auf zu neuem Kampf und zu neuem Sieg! Rütteln wir die alten Schläfer einmal auf! Reden wir ihnen einmal ins Gewissen! Daß in unseren Reihen Mut und Arbeitsfreudigkeit steckt, haben wir durch die Hausagitation bewiesen! Beweisen wollen wir es als auch beim Versammlungsbesuch. Beweisen wollen wir es auch wieder bei der Hausagitation in diesem Jahre zu unserm eignen Wohle und zum Wohle unseres Verbandes.

Unser St. Anton Aus dem auf der Generalversammlung erstatteten Tätigkeitsbericht sei hervorgehoben: Eine planmäßige Hausagitation wurde vom Ortskartell veranstaltet, woran sich auch eine große Anzahl unserer Kollegen beteiligte. Leider ist am hiesigen Orte für uns Metallarbeiter das Agitationsfeld leer, weil mit nur wenigen Ausnahmen alles unseren Reihen angeschlossen ist. Einen Kampf hatten wir zu führen bei dem Krefelder Fürberstreik, weil eine Gegenagitation gegen die christlichen Gewerkschaften inszeniert wurde. Die Folge davon war, daß sich in unserem Nachbarort ein Lokal-Verband bildete unter dem Namen „Lokal-Verband der Textil- und Eisen-Industrie“. Durch unsere öffentlichen Versammlungen und praktische Kleinarbeit ist es uns gelungen, sämtliche Mitglieder bei der Stange zu halten. Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Jahres 76 am Schlusse des Jahres 72. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß 4 unserer Mitglieder ihren Beruf wechselten. An Versammlungen wurden abgehalten: 2 öffentliche Versammlungen, 12 Mitglieder-Versammlungen und 8 Vorstands- und Vertrauensmänner-Versammlungen. Aus dem Kassensbericht sei folgendes hervorgehoben: Die Gesamtsummen betragen 1873,35 Mark; die Gesamtansgaben 1248,99 Mark. Die Zentralkasse erhielt 624,36 Mark; die Bezirkskasse 320,34 Mark. Die Lokalkasse liegt von 432,74 Mark auf 447,58 Mark. An Kassensunterstützung wurden abbezahlt 93,74 Mark, an Arbeitslosenunterstützung 69,66 Mark. Aus diesen Zahlen ersehen die Kollegen und Kolleginnen, daß sie ihr Geld gut aufgehoben haben, in Form von Unterstüßungen wird das meiste Geld wieder an die Mitglieder zurückgezahlt. Darauf hielt Kollege Herz ein kurzes Referat. Er hielt einen Rückblick über das vergangene Jahr, zeigte die Arbeit unserer Gegner und ermahnte, sich von keiner Seite irrt führen zu lassen. Sämtliche alten Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Der Vorsitzende bat in seinem Schlusswort die Kollegen fest und treu zum christlichen Metallarbeiterverbande zu stehen und ermahnte sie ganz besonders, vollständig an den Versammlungen teilzunehmen.

Angaben. Nachdem in den Sektionen die Generalversammlungen festgesetzt sind, hielt erst die Ortsverwaltung Anfang ihre Jahresgeneralversammlung ab, die sich eines guten Besuchs erfreute. Aus dem von Kollegen Jander erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß zu Anfang des Berichtsjahres die Konjunktur in der Singsburger Metallindustrie keine schlechte war. Erst gegen Ende des Jahres trat flauer Geschäftsgang ein, während im Frühjahr 1913 die Zahl der Arbeiter in der Singsburger Metallindustrie noch 10 000 betrug, sank dieselbe zu Anfang

dieses Jahres auf 8 697. Wenn auch dadurch unsere gehegten Hoffnungen in etwa heinträchtigt wurden, so kann trotzdem von einem Fortschritt in Bezug auf Mitgliederzahl und Kassenvorgänge berichtet werden. Um die Hälfte hat sich die Mitgliederzahl im Berichtsjahre vermehrt. Die Stadt Augsburg hat daran einen Anteil von annähernd 75 Prozent. Die Hausagitation hat sich bei weitem als die beste und fruchtbarste Art der Agitation gezeigt. Annähernd zweidrittel der Zunahme rekrutiert sich aus der planmäßig betriebenen Hausagitation, an der sich jedoch leider nur ein kleiner Teil der Kollegenschaft beteiligte; und zwar waren es durchschnittlich nur vier bis sechs Kollegen. — Die Mitgliederfluktuation ließ sich dadurch eindämmen, indem diejenigen, die sich mit Austrittsgeanken trugen, in der Hausagitation aufgesucht wurden, wodurch dreieriertel dieser Wankelmütigen erhalten werden konnten. An Versammlungen fanden statt: 4 öffentliche, 36 Mitglieder-Versammlungen, 51 Werkstatt- und Branchenversammlungen, 26 Vorstands- und Vertrauensmänner-Versammlungen und an 11 Abenden Unterrichtskurse. Der Besuch der Mitglieder-Versammlungen läßt noch zu wünschen übrig. Dennoch konnte, infolge der jedesmal vorgenommenen Versammlungskontrolle, und durch Bearbeitung der einzelnen Mitglieder durch die Einkassierer eine Besserung im Versammlungsbesuch erzielt werden.

Zur notwendigen Auffklärung und Agitation, sowie zwecks Durchbringung weiterer Kreise mit unseren Ideen, kamen 24 000 Flugblätter zur Verteilung. Auch unsere Verbandsbibliothek, die leihweise Bücher und Broschüren an die Kollegen zu deren Weiterbildung abgibt, wurde gut in Anspruch genommen. Durch unsern auf dem Verbandsbüro eingerichteten Arbeitsnachweis erhielten 47 Kollegen Arbeit nachgemessen. Größere Bewegungen sind im Berichtsjahre keine zu verzeichnen. Es konnten aber auf friedlichem Wege einige Lohnbewegungen mit Teilerfolgen zum Abschluß gebracht werden. Tarifverträge konnten abgeschlossen werden im Spengler- und Installationsgewerbe, sowie für die Maschineneller der Drahtstiftfabrik Konrad Ehekircher und Co. Infolge der ungünstigen Geschäftslage konnte der bestehende Vauschloßertarif nicht erneuert werden. Bei den Krankenkassenwahlen kamen, nachdem wir bis dahin fast keine Vertreter in den Krankenkassen hatten, von unseren Kollegen 21 in Ausschuss und Vorstand. Aus dem Kassensbericht ist zu entnehmen, daß die Gesamteinnahmen gegenüber dem Vorjahr sich um rund 3900 Mark gesteigert haben, sie betragen 8 184,60 Mark; demgegenüber haben sich aber auch die Ausgaben für Unterstüßungen annähernd verdoppelt: an Krankenunterstützung wurde verausgabt 1284,02 Mark, Arbeitslosenunterstützung 518,07 Mark usw., insgesamt 2209,49 Mark. In die Hauptkasse wurden gesandt 4865,54 Mark, die Bezirkskasse erhielt 1336,87 Mark. Die Lokalkasse hatte Einnahme incl. Bestand 2855,81 Mark, Ausgaben 2304,96 Mark, bleibt ein Bestand von 550,85 Mark. Auf Antrag der Revisoren wurde nach erfolgter Berichterstattung über das Kassengehen der Verwaltung und dem Vorstände Entlastung erteilt. Kollege Konrad-Nürnberg, kam in einem Referat auf die wirtschaftlichen, sozialen und gewerkschaftlichen Erscheinungen des Jahres 1913 zu sprechen; auf die allgemeine Geschäftslage, auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Edel-, Schmuck- und Spielwarenindustrie Süddeutschlands, die entschieden hinter den Zeitverhältnissen zurückgeblieben sind, auf die antisozialen Bestrebungen des Kartells der schaffenden Arbeit, den Stillstand der Sozialpolitik und demgegenüber die entschiedene Stellungnahme des 3. Deutschen christlich-nationalen Arbeiter-Kongresses, sowie die große Bedeutung dieser Rundgebung in der Öffentlichkeit.

Zum Schlusse der Versammlung richtete der Vorsitzende einen warmen Appell an sämtliche Mitglieder, fürderhin entschieden mehr mitzuarbeiten am Ausbau unserer Organisation, bezugtragend zur Festigung und Stärkung unserer Berufsorganisation, um so einen bedeutend größeren Einfluß zu erhalten auf die Gestaltung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Berlin. Für unsere hiesige Jugendabteilung, die 1913 eine erfreuliche Entwicklung nahm, fand am 8. Februar eine gut besuchte außerordentliche Versammlung statt. Kollege Minter bemerkte einleitend, daß mit aller Kraft dahin gestrebt werden müsse, im Jahre 1914 mindestens denselben Fortschritt zu erzielen, wie im Vorjahr. Voraussetzung einer fruchtbareren Agitationsarbeit ist ein guter Verwaltungsapparat. Wie der Zeiger auf der Uhr das gute oder schlechte Funktionieren des Räderwerks erkennen lasse, so zeigten die Vertrauensmännerbücher und das Hauptbuch, ob bei der Mitgliederbedienungs der Vertrauensmännerapparat intakt sei oder nicht.

Große Hoffnungen werden von den älteren Kollegen auf die Jugendabteilung gesetzt. Was die alten Kollegen unter großen Opfern und Mühen erarbeitet haben, um den Verband auf die jetzige Höhe zu bringen, muß von den Jungendlichen im Interesse der Gesamtheit fortgeführt werden. Zu diesem Zwecke solle jeder junge Kollege bestrebt sein, sich ein gutes Allgemeinwissen anzueignen. Auch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verdient, eifrig studiert zu werden. Nur so ausgerüstete Kollegen sind in der Lage, sich in allen Fällen ein richtiges Urteil zu bilden, was unbedingt erforderlich ist, um nicht von den auftretenden Tagesmeinungen mit fortgerissen zu werden.

Auch ist das Eindringen in die Praxis der Organisations- und Verwaltungsgeschichte von größtem Wert. Um unseren jungen Kollegen dazu zu verhelfen, hat der Ortsgruppen-Vorstand sich dahin entschieden, den Jungendlichen das Selbstverwaltungsrecht einzuräumen. Der Vorstand führt nur die Aufsicht. Hierzu würde die Wahl eines eigenen Jugendabteilungs-Vorstandes notwendig. Sache der jungen Kollegen ist es, in den Vorstandssitzungen der Junglingsvereine dahin zu wirken, daß auch die Gewerkschaftssekretäre zu Vorträgen herangezogen werden. Mitglieder, Vertrauensmänner und Vorstandsmittelglieder müssen es als Ehrenpflicht ansehen, zu tun, was ihnen durch die Verbandsmitgliedschaft auferlegt worden ist.

In der anschließenden Ansprache erklärten die Kollegen sich einverstanden mit den Vorschlägen des Ortsverwaltungs-Vorstandes. In den Vorstand der Jugendabteilung wurden gewählt: Georg Köpnick, 1. Vorsitzender; Erich Stehrenberg 2. Vorsitzender; J. Minter, Kassentat, Willi Kiepert zum 1. und Franz Fieger zum 2. Schriftführer. Im Anschluß daran hielt Kollege Minter einen kleinen Vortrag über das Thema: „Welchen Nutzen haben die jugendlichen Kollegen von dem Wirken der gewerkschaftlichen Organisation.“ Schon die Tatsache, daß das Höchstmaß der täglichen Arbeitszeit für Jungendliche in der Reichsgewerbeordnung auf 10 Stunden normiert ist, daß aber die 9 und 9/10stündige Arbeitszeit in den hiesigen Betrieben die Regel ist, ist den Gewerkschaften zu verdanken. Auch an den sonstigen Erfolgen der Gewerkschaften, Behandlung und sentürten Einrichtungen haben die Jungendlichen reichen Anteil. Ohne die Gewerkschaften ständen die Arbeiterchutzgesetze fast nur auf dem Papier. Wie groß die Verdienste gegen die Schutzbestimmungen der Jungendlichen sind, wurde an Hand der Gewerbeinspektionsberichte dargelegt. Sodann haben die Kolle-

gen, die als Jugendliche dem Verbande beitreten, insofern besondere Nutzen, als sie schon nach 2wöchentlicher Vollmitgliedschaft in den Genuss der Wanderunterstützung kommen. Zum Schluß gab Kollege Münter noch einige taktische Verwaltungswinke, um den sozialdemokratischen Terror abzuwehren. Mit Rücksicht auf die konfessionellen Jugendvereine wurde beschlossen, nur vierteljährlich eine allgemeine Mitgliederversammlung unserer Jugendabteilung abzuhalten.

Die erste Frage, womit sich unser neuer Vorstand zu befassen hat, ist die: Welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um die jungen Kollegen, die zum April aus der Schule entlassen werden für unsere Sache zu gewinnen.

Nun junge Freunde der Reichshauptstadt, heran an der Werbung neuer Mitglieder. Wie in den einzelnen Vereinen und von den Kollegen gearbeitet wurde, wird sich aus dem nächsten Bericht ergeben.

Bautzen. Die Jahresgeneralversammlung unserer Ortsgruppe fand am 8. Februar statt; sie hatte leider nur einen schwachen Besuch aufzuweisen. Nach einer kurzen Ansprache gab der Vorsitzende den Jahresbericht bekannt. Mitgliederversammlungen fanden neun statt, Kartellversammlungen drei, öffentliche eine, Bezirksversammlungen vier. In der Mitgliederbewegung war ein kleiner Zuwachs zu verzeichnen. Neuaufnahmen konnten acht gebucht werden, übergetreten aus dem deutschen Metallarbeiterverband 1. Zugereist 2, aus der Jugendklasse 5, beschriebene wurden 4. Die Zahl der Neuaufnahmen hätte das Dreifache übersteigen können, wenn jeder Kollege seinen Mann gestellt hätte, und nicht die ganze Agitationsarbeit ein bis zwei Kollegen überlassen worden wäre. Durch Abreise, Austritt und Abgang zum Militär verloren wir 12 Mitglieder. Bei der Firma Noak (Karosseriefabrik) wurden ein Tarifvertrag abgeschlossen, an welchem unser Verband beteiligt war. Bei der Ortskrankenkassenwahl wurden von seiten des Kartells 8000 Flugblätter verteilt.

Hierauf erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Die Einnahmen für die Hauptkasse betrug 895 Mark, die Ausgabe 190,85 Mark. An die Zentrale wurde abgesandt 871,31 Mark. An die Bezirkskasse wurde abgesandt 57,51 Mark. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 141,48 Mark, die Ausgabe 133,56 Mark. An Beitragsmarken und Delegiertenmarken wurden 1644 Stück verkauft.

Die Vorstandswahl wurde auf die außerordentliche Generalversammlung am 1. März verschoben. Die Kollegen haben die Pflicht, bei so wichtigen Veranstaltungen alle zu erscheinen, ob Regen oder Sonnenschein ist. Der alte Schlandrian muß endlich aufhören. Sämtliche Mitglieder sollen mitarbeiten an der weiteren Ausbreitung unseres Verbandes. Jeder tue seine Pflicht, dann werden auch wir vorwärtskommen, zum Wohle des Arbeiterstandes.

Freiburg i. Br. Am 7. Februar hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab, die gut besucht war. Nach dem vom Vorsitzenden erstatteten Geschäftsbericht, herrschte in unserer Ortsgruppe reges Leben. Im verfloffenen Jahre fanden 21 Mitglieder-, 6 Vorstand- und Vertrauensmänner-, 6 Werkstätten- und 2 öffentliche Versammlungen statt. Die Mitgliederversammlungen geben leider auch hier durch ihren verhältnismäßig schwachen Besuch, besonders von seiten der älteren Kollegen, Anlaß zur Klage. Bei der Mitgliederbewegung konnten wir einen erfreulichen Zuwachs konstatieren. Seit Jahresbeginn wurden 31 Kollegen gewonnen; die Aufwärtsentwicklung könnte aber noch besser sein, wenn sich die Kollegen zahlreicher an der Hausagitation beteiligten. Im übrigen war dieses Jahr ein Kampfsjahr für unsere Ortsgruppe. Zu erwähnen ist besonders der letzte fünf-wöchige Schlosserstreik, den wir gemeinsam mit der andern Organisation führten und der den Beteiligten einen sehr guten Erfolg brachte. Bei der Firma Bailerle hatten wir auch eine Bewegung, bei der sich die Genossen so zweideutig benahmen, daß man ihnen nächstens besser auf die Finger sehen muß. Bei der Firma Welte und Söhne konnten wir eine Lohnerhöhung von drei Pfennig pro Stunde heraus schlagen ohne Kampf. Bei dieser Firma dürfte es voraussichtlich bei dem Ablauf des Schreinerstrix zu Kämpfen kommen, durch den auch unsere Kollegen in Mitleidenschaft gezogen werden können; um bei dieser Bewegung gerüstet dazustehen, müssen die Kollegen bestrebt sein, möglichst alle Organisationsfähigen des Betriebes für die Organisation zu gewinnen. An die beiden Berichte schloß sich eine lebhaft Diskussions an. In der darauffolgenden Vorstandswahl wurden unsere bewährten alten Kollegen wiedergewählt. Nachdem nach dem Vorstand im Namen der Kollegen der Dank für die Mühewaltungen ausgesprochen worden war, schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung mit der Ermahnung, in diesem Jahre mit erneutem Eifer für unsere gute Sache zu wirken. Kollegen von Freiburg! Schön sind die Erfolge, die wir im verfloffenen Jahre zu verzeichnen hatten, aber noch viel größer hätten sie sein können, wenn sich alle Kollegen in den Dienst der guten Sache gestellt hätten im Punkte der Agitation. Machen wir den Unorganisierten klar, daß es ohne die Organisation nie eine feste Stütze gebe, wenn Kämpfe ausbrechen. Und das kann jeden Tag geschehen. Suchen wir sie mit aller Kraft für unseren Verband zu gewinnen, damit wir um so besser für die berechtigten Interessen der Arbeiter eintreten können. Auch dieses Jahr wird ein Kampfsjahr für unsere Kollegen geben, da der Tarif der Instrumentenmacher und der Blechmer abläuft, an denen wir mitbeteiligt sind.

Sorgen wir dafür, daß wir nach Ablauf dieses Jahres mit noch größeren Erfolgen in die Deffentlichkeit treten können. Auf zur Tat!

Freising. Die Ortsverwaltung Freising hielt am Sonntag, den 15. Februar ihre diesjährige Generalversammlung ab, welche einen zahlreichen Besuch aufwies, auch Kollege Konrad aus Nürnberg war erschienen. Der Vorsitzende Kollege Böck gab den Jahresbericht bekannt und bemerkte, daß im verfloffenen Jahre die Agitation einige gute Früchte gezeitigt habe. Sehr viel aber sei auch in der Werbetätigkeit vernachlässigt worden. Die Kollegen halten es anscheinend nicht für notwendig oder sind zu bequem um für den Verband zu werben, besonders um Hausagitation zu machen. Der Kassierer Kollege Meindt erstattete den Kassenbericht, demselben ist zu entnehmen, daß die Einnahme der Lokalkasse 445,18 Mark betrug; die Ausgabe derselben 313,97 Mark. Demnach hat die Lokalkasse einen Bestand von 131,19 Mark. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug 1154,95 Mark; die Ausgabe 791,22 Mark. Demnach wurde an die Hauptkasse der Betrag von 363,73 Mk. gesandt. An Erwerbslosenunterstützung wurden von der Zentrale allein 610,52 Mark bezogen.

Die Mitgliederzahl beläuft sich auf 35 Kollegen der volljährigen und 3 Kollegen aus der Jugendklasse. Bei der Neuwahl wurde zum größten Teil wieder der frühere Vorstand

gewählt. Kollege Konrad aus Nürnberg hielt sodann ein Referat und sprach besonders über die Notwendigkeit und den Nutzen der Organisations-, ferner über den Berliner Kongreß und dessen Eindruck in der Deffentlichkeit, sowie über den Kölner Prozeß und dessen Ausgang. Der Referent wies auch darauf hin, daß die Generalversammlung ein neuer Ansporn sein solle für alle Kollegen. Jeder Kollege soll sich fragen, ob er im verfloffenen Jahre seine Pflicht getan habe, wenn nicht, dann sei es höchste Zeit, dieses im kommenden Jahre nachzuholen. Nur durch rastlose Tätigkeit kann man zum Ziele kommen und einen schönen Mitgliederstand erhalten. Die anschließende Diskussion war sehr reg, verschiedene Punkte des Berichtes wurden näher besprochen und manche Anregung gegeben. Der Vorsitzende betonte, es würde ihm eine große Freude machen, wenn jeder einzelne das ganze Jahr nur einen Kollegen dem Verbande zuführen würde. Unsere Mitgliederzahl wäre im nächsten Jahre dann mit Leichtigkeit verdoppelt. Einstimmig wurde der Beschluß angenommen, denjenigen Kollegen, welche das ganze Jahr den Versammlungen fern bleiben, eine Strafe aufzulegen, denn gerade, diejenigen, welche die Versammlungen nicht besuchen, sind die ersten, die aus irgend einem Grunde um Unterstützung usw. nachsuchen. Mit aller Macht solle man jetzt auch in die Hausagitation eintreten und nicht darin ermüden, wenn sich auch das erstemal kein Erfolg zeigte. Unermüdet müsse jeder Kollege sich bei dieser wichtigen Agitation erweisen, nur so könne die Ortsgruppe vorwärts gebracht werden. Mit der Mahnung des Vorsitzenden an alle Mitglieder, an der Ausbreitung des Verbandes tätigen Anteil zu nehmen und mit unermüdetem Fleiß dem Vorsitzenden zur Seite zu stehen, wurde die Versammlung geschlossen.

Münchwald. Unsere Generalversammlung, die am 15. Februar stattfand, war wie üblich, von der Hälfte der Mitglieder besucht. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Ortsgruppe, wonach der Bestand am 1. Januar 1913 98 Mitglieder aufwies. Durch rege Hausagitation wurden dem Verband 34 neue Kollegen zugeführt. Im Laufe des Jahres starb ein Kollege, zum Militär gingen 3 Kollegen. 10 Versammlungen fanden statt, denen stets eine Vorstandssitzung voranging. In acht Versammlungen referierte Kollege Zillekens, in den beiden andern Kollege Käfer. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß im ganzen 40 Streik- und 50 Berlepfmarken ausgegeben wurden, und daß am Schluß eines jeden Monats keine rückständigen Beiträge zu verzeichnen waren.

Wie steht es in Eurer Gruppe um die Vorbereitung der **Frühjahrs-Haus-Agitation?** Sind die Adressen gesammelt und die Agitatoren bestimmt? An welchem **Sonntag** soll es los gehen? Es ist die **allerhöchste Zeit**, diese Vorarbeiten zum **Abchluß** zu bringen, wenn ihr Erfolg **haben wollt!**

Bei der Vorstandswahl wurden wurden zum großen Teil dieselben Kollegen wiedergewählt. Nachdem die Tagesordnung erledigt war, erhielt Kollege Zillekens das Wort und sagte kurz noch einmal alles Gehörte zusammen und stellte der Ortsgruppe ein gutes Zeugnis aus. Zugleich forderte er die Kollegen auf, den Vorsitzenden fleißig zu unterstützen, dann würde die Zahl der Kollegen am Schluß dieses Jahres erheblich größer werden. Der Vorsitzende dankte den Kollegen für ihr eifriges Eintreten für den Verband. Besonders lobte er die Vertrauensleute, daß sie es nicht scheuten, jeden Sonntag einige Stunden dem Verbande zu widmen, durch Einkassieren der Beiträge und Aufstellung des Organs an die Kollegen. Er sprach die Hoffnung aus, daß es auch so bleiben möchte, und schloß die Versammlung mit der Aufforderung: **Früh an die Arbeit!**

Durlach. Trotz der vielen Ermahnungen im vergangenen Jahre, die an die Kollegen betreffs Versammlungsbesuchs gerichtet wurden, fanden verschiedene Kollegen es nicht der Mühe wert, die zur günstigen Zeit abgehaltene Generalversammlung zu besuchen. Das muß unbedingt anders werden. Der erste Vorsitzende, Kollege Mater gab den Tätigkeitsbericht bekannt. Abgehalten wurden 11 Versammlungen und 12 Vorstandssitzungen. Die Agitation wurde auch eifrig betrieben, wenn auch mit kleinem Erfolg. Der geringe Erfolg ist hauptsächlich auf die schlechte Konjunktur, aber auch viel den Kollegen in der Werbetätigkeit zurückzuführen. Wenn sich mehr Kollegen beteiligten, würden auch größere Erfolge erzielt werden. Der Kassenbericht ergab u. a., daß die fleißigen Kollegen ihre Beiträge gut entrichtet hatten, daraus ersieht man, daß dort, wo der Wille ist, auch der Beitrag pünktlich entrichtet werden kann. Es zeigt sich aber auch, daß es nur faule Ausrede ist, wenn einige kommen und sagen, sie könnten die Beiträge nicht entrichten. Bei der Wahl des Vorstandes wurden zwei Gründungsmitglieder neugewählt. Kollege Böckenhäuser betonte, die Scharte von dem verfloffenen Jahre unter allen Umständen so bald wie möglich auszuweihen. Mögen alle Kollegen ihre Schuldigkeit tun. Das Gebelien oder das Nichtgebelien trifft alle Kollegen und darum haben alle Kollegen die gleiche Pflicht an dem Ausbau des Verbandes mitzuarbeiten. Nun auch, ihr Durlacher Kollegen, kommt in die Versammlung, laßt euch von den Kollegen Bergbauers und Söhlingers nicht übertreffen, sondern zeigt, daß auch ihr eifrige und tätige Gewerkschaftler seid.

München. Unsere diesjährige Generalversammlung am 14. Februar hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Den Rechenschaftsbericht erstattete Kollege Wagner. Er betonte, daß im Durlacher und in den verwandten Branchen, wie Schlosser,

Spengler, Installateure und Elektromonteur usw. geradezu hoffnungslose Verhältnisse geherrscht hätten. Der Niedergang der Konjunktur wirkte hemmend auf die gewerkschaftliche Arbeit. Während ein Teil der Arbeiterschaft den Wert der Organisation verkannte, benutzten die Arbeitgeber, Scharfmacher und Reaktionsäre, diese Gelegenheit ihre Verbände auszubauen und durch den engsten Zusammenschluß die organisierte Arbeiterschaft am Aufstieg zu hindern. Das Geschrei nach „Schutz der Arbeitsmittigen“ die Kartellierung der Großindustrie mit Mittelstand und Landwirtschaft, seien für die Arbeiterschaft sehr ernste Zeichen. Mehr wie jeher ist es notwendig die Grundideen unserer christlichen Arbeiterbewegung zu betonen. Dieses geschah zu richtiger Zeit, durch den deutschen Arbeiterkongreß in Berlin.

Unsere Gesamtbewegung wurde im verfloffenen Jahre nicht von Kämpfen verschont. In der Metallindustrie sind von Bedeutung der große Kampf in Menden, wo christlich organisierte Arbeiter um die Anerkennung des Koalitionsrechtes bereits sechs Monate im Kampfe standen. Der große Kampf in den Westorten und bei Bosch in Stuttgart, die unter Führung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes inszeniert wurde, hätten mit einem Fiasko geendet. Diese Kämpfe ließen erkennen, wohin die Radikalisierung der Massen führt. Die Einnahmen für die Hauptkasse betrug 12 649,80 Mark, die Ausgabe 6185,03 Mark, davon für Reiseunterstützung 527 Mark, für Krankenunterstützung 1628,30 Mark, für Arbeitslosenunterstützung 2011,98 Mark und für Militärunterstützung 22,50 Mark. An die Hauptkasse wurden 6464,77 Mark gesandt. Die Lokalkasse hatte 5227,31 Mark Einnahmen und 3310,30 Mark Ausgaben, darunter 137,30 Mk. Ortsunterstützungen. Der Bestand beträgt 1917,01 Mark.

Im Berichtsjahre wurden 50 Mitgliederversammlungen, 11 Werkstätten- und 14 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen abgehalten. Die Mitgliederbewegung ist folgende; Aufgenommen: 246, Zugereist 90, vom Militär zurück 9, aus der Jugendklasse übergetreten 10 und aus anderen Verbänden 19 Kollegen. Ausgetreten sind 82, abgereist 171, gestorben 1, ausgeschlossen 5, zur Volksklasse 10 und zum Militär 26 Kollegen. Am Jahreschluß waren vorhanden 551 Mitglieder.

In der Hausagitation wurden 70 Kollegen gewonnen. Im Flugblättern wurden rund 16 000 verteilt, und 6000 Einladungen hergestellt. Durch den Arbeitsnachweis wurden 190 Kollegen Arbeit vermittelt.

Vier Lohnbewegungen sind zu verzeichnen, welche ohne Arbeitseinstellung mit schönen Erfolgen endeten. Der Tarifabschluß bei den Flugzeugwerken Gustav Otto, brachte acht Kollegen unseres Verbandes eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 6 Pfg. pro Stunde. Bei der Erneuerung der Tarifverträge für die Schlosser, Spengler und Installateure kamen 230 Kollegen in Betracht. Eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde 1913, 2 Pfg. ab 1. März 1914 und eine Stunde Arbeitszeitverkürzung und ab 1. März 1915 abermals 2 Pfg. pro Stunde Lohnerhöhung, konnten dabei erreicht werden. Bei der Bewegung der Schlosser in Fürstentelbruck konnte leider ein Tarifvertrag nicht abgeschlossen werden. Immerhin erhielten die Kollegen eine Lohnerhöhung von 3 Pfg. pro Stunde. Somit kann sich auch das Jahr 1913 in praktischer gewerkschaftlicher Arbeit sehen lassen. Von einer Erhöhung des Lokalkassenschlages — was einzelne Bezirke beantragt hatten — wurde wegen der gegenwärtig ungünstigen Konjunktur abgesehen.

Einem 60 Jahre alten Kollegen, der schon fast ein Jahr arbeitslos ist, wurde vom Arbeitsnachweis des Metallindustriellenverbandes keine Arbeit nachgewiesen. Scharfe Beurteilung fand dieses Vorgehen der Unternehmerorganisation. In folgender, der Deffentlichkeit unterbreiteten Resolution gab die Generalversammlung ihrer Willensmeinung Ausdruck.

„Die Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes (Verwaltungsstelle München) nimmt Kenntnis von der Ablehnung der Arbeitsvermittlung durch den Nachweis des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller in München bei einem Arbeiter, dem die Einstellung von einer Firma schon zugesagt war. Die Versammelten bedauern diese Stellungnahme auf das lebhafteste und erwarten Abstellung einer unsozialen Praxis.“

Das Jahr 1913 hat nicht gehalten, was wir uns von ihm versprochen. Wenn der gute Geist eines Teiles unserer Kollegen sich auch bei der Mitarbeit so zeigen würde, wie bei der Kritik des Vergangenen, dann würden die Erfolge in der Hausagitation sicher andere sein. Hoffen wir, daß uns das Jahr 1914 mehr Mitarbeiter bringen möge und erachte es nun jeder Kollege als seine Pflicht, mit vollem Eifer an der Ausbreitung unseres Verbandes zu arbeiten. Wenn so gearbeitet wird, dann werden wir sagen können, wir haben aus der Vergangenheit für die Zukunft gelernt.

Mechernich. Am Sonntag, den 8. Februar, fand im Lokale des Kollegen Schönberger eine leider nur schwach besuchte Versammlung unserer Ortsgruppe statt, in der Kollege Buhmann das Thema: „Die neuesten Vorgänge im Gewerkschaftsleben, und welche Lehren ziehen wir daraus?“ behandelte. An die Ausführungen des Referenten schloß sich eine rege Diskussion an. Viele Kollegen wissen solche Versammlungen nicht genügend zu würdigen, sonst wäre sicher ein anderer Besuch aufzuweisen gewesen. Das gilt besonders von denjenigen, die bei der Gewerkschaft Mechernicher Werke, Abt. Waggonbau, beschäftigt sind. Sie sind es gerade, denen eine Besserung ihrer Lage äußerst nottut, solche Behandlungen seitens der Vorgesetzten, die vielen Strafen, Maßregelungen usw., wird man wohl in keinem anderen Betriebe der Waggonindustrie antreffen, vor allem wäre auch eine bessere Bezahlung am Platze.

Der gute Wille, eine Ausbesserung ihrer Lage zu erzielen, ist bei einem Teil der Kollegen vorhanden, leider stehen noch viele der Organisation fern, und gerade diese sind es, welche bis jetzt unsere Vorwärtsbewegung verhindern. Tue deshalb jeder sein Möglichstes, damit alle Kollegen unserem Verbande zugeführt werden, dann wird und muß unsere Bewegung Erfolg haben. Kollegen, ihr müßt es doch selbst einsehen, und krasser können euch die Zustände nicht vor Augen geführt werden, wie sie hier herrschen. Z. B.: Jeder Kollege arbeitet täglich 10 Stunden 10 Minuten, erhält aber nur 10 Stunden bezahlt. Die Löhne sind dazu noch verhältnismäßig gering. — Was sind pro Tag 10 Minuten, wöchentlich 1 Stunde, jährlich aber schon 32 Stunden, die jeder einzelne Arbeiter umsonst arbeitet. Wenn also die Mechernicher Werke, Abt. Waggonbau, das schon an dem einzelnen Arbeiter verdienen, wie hoch mag sich dann der Gewinn bei der Gesamtzahl der Arbeiterschaft belaufen? Auch werden die Rechte der Arbeiter möglichst beschnitten. Fast täglich werden durch Anschläge neue Pflichten auferlegt, die sicher nicht dazu beitragen die Arbeitsfreudigkeit zu erhöhen. Alle diese Dinge müssen euch erkennen lassen, daß ihr euch nicht verlassen könnt auf den Ausspruch, der da lautet: „Ich betrachte meine Arbeiter als eine große Familie, deren Oberhaupt ich bin, und gleichsam wie ein Vater für seine Familie sorgt, so sorge ich für meine Arbeiter. Sollten aber Mißstände in meinem Betriebe herrschen, so sind meine Beamten und ich dafür da, dieselben abzustellen.“

Was ist aber bis heute geschehen, obgleich von ein paar Kollegen der Wunsch der Arbeiterschaft um einige kleine Aenderungen der jetzt bestehenden Einrichtungen vorgetragen wurde? So viel wie gar nichts.

Ihr seht also Kollegen, daß ihr von dieser Seite nichts zu hoffen habt, darum frisch ans Werk, agitiert eifrig für den Verband, werbt neue Mitglieder, besucht jede Versammlung, dann wird auch unser Streben seine Früchte tragen und unsere Lage wird sich bessern. Dies ist aber nur möglich, wenn ihr tapfere und treue Kämpfer des christlichen Metallarbeiterverbandes seid.

Gebweiler. Wir von Gebweiler haben bisher die Spalten unseres Organs wenig benutzt. Daraus könnte der Schluß gezogen werden, daß hier im Arbeitsverhältnis alles eitel Wonne ist. Doch dem ist nicht so; das Gegenteil trifft zu. Während die Arbeitgeber in den letzten Jahrzehnten immer reicher und vielfache Millionäre geworden sind, haben sich die Dinge für die Arbeiter verschlechtert. Als die Fabrikanten noch nicht so große Kapitalmassen besaßen, verdienten die Schleifer und Dreher 6 bis 8 Mark pro Tag, heute aber nur 3 bis 4 Mark. Die Folge davon ist, daß die Frauen sich nicht mehr nur dem Haushalt widmen können, sondern in der Fabrik mitarbeiten müssen, um das Haushaltsbudget ins Gleichgewicht zu bringen. Und bei den Gießereiarbeitern bleibt auch noch viel zu wünschen übrig. Die Behandlung, die den Arbeitern zuteil wird, seitens der Vorgesetzten, ist sehr oft eine ganz unwürdige. Schimpfereien sind an der Tagesordnung und nicht selten werden einem Prügel angeboten.

Wie unter diesen mißlichen Verhältnissen die Arbeiterschaft sich noch nicht ermannt hat, und zur Selbsthilfe greift und sich organisiert, das ist wirklich ein Rätsel. Leider gibt es unter der Arbeiterschaft auch Elemente, die sich schon soweit entmannt haben, daß sie dem Streben der organisierten Kollegen Widerstand leisten. Die Herren glauben durch unwürdige Liebedienerei für sich etwas ergattern zu können. Daß sie dadurch die gesamte Arbeiterschaft schädigen — und natürlich sich selber auch — das kommt ihnen scheinbar nicht zum Bewußtsein.

Soll es anders werden, dann herunter mit der Schlafmütze! Zusammenschließen müssen wir uns in der Organisation im christlichen Metallarbeiterverband, dann wird man unseren Wünschen und Beschwerden Rechnung tragen. Darum Kollegen von Gebweiler erkennt die Pflicht der Stunde, organisiert euch, ohne Organisation wird es nur schlechter, statt besser!

Obernorf. b. Schweinfurt. Am 14. Februar fand unter zahlreicher Beteiligung der Kollegen unsere erste Generalversammlung statt. Nach jahrelanger Arbeit einiger Kollegen ist es gelungen, uns zu einer Sektion aufzuschwingen. Schon lange wäre es möglich gewesen, diesen Schritt zu unternehmen, wenn die hiesigen Metallarbeiter nicht geschlafen hätten. Im verfloßenen Jahre kam allmählich Leben hinein. Es wurde Hausagitation betrieben, Versammlungen abgehalten usw. (wo uns die Kollegen von Schweinfurt immer reichlich unterstützten) und heute herrscht reges Interesse in unseren Reihen. Es ist vorwärts gegangen im letzten Jahre trotz roter Verleumdungen und schlechten Geschäftsganges. Die alte Idee einiger unserer Kollegen, „Wir brähten es nie zu einer Sektion“ ist heute glänzend widerlegt. Kollege Schmeller-Schweinfurt machte zum ersten Punkt unserer Tagesordnung „Warum gründen wir Sektionen“

kurze Ausführungen und dankte allen Kollegen für das treue Mitarbeiten im letzten Jahr. Die Wahl der Vorstandschafft wurde per Stimmzettel vorgenommen. Die gewählten Kollegen dankten für das Vertrauen und erklärten unermülich für unsere Sache zu arbeiten. Die Diskussion wurde reichlich in Anspruch genommen und kamen verschiedene Dinge zur Debatte. Auch an guten Anregungen von einzelnen Kollegen fehlte es nicht. Kollege Schneller behandelte zum Schluß die wichtigsten Vorkommnisse des vergangenen Jahres. Noch nie hatte unsere christliche Gewerkschaftsbewegung härtere Proben zu bestehen. Der Arbeiterkongreß in Berlin, sowie der Kölner Gewerkschaftsprozess haben lustreinsigend gewirkt und allen Gegnern die Waffen aus der Hand geschlagen. Fester denn je steht heute die christliche Gewerkschaftsbewegung vor der breiten Öffentlichkeit. Das Gebot der Stunde verlangt auch von uns Metallarbeitern ernste und zielbewusste Arbeit für unsere Standesbewegung. Deshalb der letzte Mann hinein in die Kampfeszellen. Millionen unserer Gefinnungsgenossen stehen den Interessen des Arbeiterstandes noch gleichgültig gegenüber und hunderttausende lassen sich heute noch durch rote Zukunftsphrasen käädern. Ernste Zeiten brauchen ernste Männer und deshalb sei der letzte unserer Kollegen Kämpfer für unsere gerechte Sache.

Kollegen von Oberdorf! Der erste Schritt ist unternommen, nun gilt es, unseren Mann zu stellen. Das Arbeitsfeld ist noch groß, der Weg ist uns vorgezeichnet, die Bahn ist frei, also auf zur Arbeit im neuen Jahr.

Salbke-Westerhöfen. Am Sonntag, den 22. Februar 1914, tagte hier eine äußerst stark besuchte Versammlung der christlichen Gewerkschaften. Der Vorsitzende, Kollege Waffel begrüßte besonders die Frauen und die Jugendlichen, die sehr zahlreich erschienen waren. Kollege Pellart (Hannover) sprach über „Die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften und die feindlichen Strömungen gegen die christlich-nationale Arbeiterbewegung.“ Die überzeugenden Ausführungen wirkten unter den Anwesenden eine große Begeisterung. Die Versammlung nahm eine Resolution an, dahingehend, „daß die überaus stark besuchte Versammlung der christlich-national gesinnten Männer und Frauen von Salbke-Westerhöfen das Gelöbnis ablegten, treu und tapfer zu wirken für die Ausbreitung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, insbesondere für die christlichen Gewerkschaften.“ Einstimmig wurde die Resolution angenommen. An der nachfolgenden Diskussion beteiligten sich eifrig unsere Kollegen und ferner auch Frau Hülshof von den Heimarbeiterinnen, der Vorsitzende vom evangelischen Arbeiterverein Salbke, Kollege M. Witte, Gewerkschaftssekretär Grote (Salbke) und Kollege Teschke vom christlichen Landarbeiterverband.

Kollegen von Salbke-Westerhöfen! Jetzt heißt es, der gefaßten Resolution treu zu bleiben und durch keine Schwierigkeit an dem Gelöbnis irre zu werden, sondern stets mit Aufbietung aller Kraft an der Stärkung und Ausbreitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes zu wirken.

Bierien. Unsere Ortsgruppe hielt am Sonntag, den 15. Februar, ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht entnahmen wir folgendes: Im Geschäftsjahre wurden abgehalten 11 Monats- und 29 Betriebsversammlungen sowie 9 Vorstandssitzungen. Die Mitgliederzahl stieg von 145 auf 164. Die Hausagitation brachte

uns 31 Kollegen. Der Erfolg hätte noch größer sein können, wenn die Kollegen sich besser um die Dortmund Generalversammlungsbeschlüsse gekümmert hätten. Agitation ist die Aufgabe aller Kollegen, nicht einiger weniger. Hoffentlich werden die Kollegen die Anregung in die Tat umsetzen. Die besten Aussichten sind vorhanden, denn wir konnten bei der in diesem Monat stattgefundenen Hausagitation unsere Mitgliederzahl wieder um 24 erhöhen. (Bravo! Red.) Nun heißt es aber, für die Kollegen, weiter zu fahren in diesem Tempo, damit wir bei der nächsten Generalversammlung sagen können, alle Mitglieder haben ihre Pflicht und Schuldigkeit getan. Hierauf erstattete der Kassierer einen ausführlichen Kassenbericht. Die Einnahmen betrugen 4737,25 Mark, die Ausgaben 793 Mark. An die Zentrale wurden abgefanbt 3944,25 Mark. Nun hielt der Kollege Vreß einen anfeuernden Vortrag über die gegenwärtige Situation, in dem er zum Schluß die Kollegen an ihre Pflichten als Gewerkschaftler erinnerte, und darauf hinwies, daß nach dem Beschluß der Dortmund Generalversammlung jedem Mitglied der Versammlungsbesuch ins Mitgliedsbuch eingetragen wird, das Resultat wird bei der nächsten Generalversammlung bekanntgegeben. Dann wurde zur Vorstandswahl geschritten, welche rasch vollzogen ging, da alle Vorstandsmitglieder bis auf den ersten und zweiten Schriftführer wiedergewählt wurden, die beiden Kollegen konnten aus Familienverhältnissen die Wahl nicht mehr annehmen. Hierauf schloß der Vorsitzende die schönverlaufene Versammlung mit der Aufforderung an die Kollegen, bei der nächsten Hausagitation alle zur Stelle zu sein, damit wir auch die Kollegen, welche uns noch fernstehen, in unsere Reihen aufnehmen können, um auch für diese bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Böhrendorf i. Schw. Am Sonntag, den 8. Februar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Sie wurde von unserem Vorsitzenden eröffnet. Der Schriftführer gab den Tätigkeitsbericht bekannt, nach ihm erstattete der Kassierer den Kassenbericht, welcher zu keinerlei Beanstandungen führte. Bei der Neuwahl in Vorstand wurden dieselben Kollegen wieder gewählt, ebenso die Kassenrevisoren. Nachdem unser Vorsitzender noch einige sehr wichtige Punkte über das abgelaufene Geschäftsjahr hervorgehoben hatte, wurde die Hausagitation besprochen, und Beschlossen, in der nächsten Versammlung darüber schüssig zu werden. Zwar ist im vorigen Jahre eine Hausagitation veranstaltet worden, deren Erfolg aber zu wünschen übrig ließ. Unter der hiesigen Arbeiterschaft fehlt immer noch das richtige Verständnis für die gewerkschaftliche Sache. Nichtsdestoweniger wollen wir mit neuem Mute an die Arbeit gehen und zeigen, daß wir es gelernt haben, Schwierigkeiten zu bekämpfen und siegreich zu überwinden. Wenn alle Kollegen treu ihren Mann stellen, ist uns ein Erfolg sicher.

Nachdem noch einige Punkte besprochen worden waren, schloß unser Vorsitzender die Versammlung, und ermahnte die Kollegen, fest zu unserer Sache zu halten. Es ist jetzt Aufgabe unserer sämtlichen Kollegen, die mannigfaltigen Anregungen unserer Jahres-Generalversammlung zu verwirklichen. Alle Mitglieder müssen mitarbeiten an der weiteren Stärkung unseres Verbandes, denn nur dadurch können für die hiesigen Arbeiter, die ja sicher nicht auf Rosen gebettet sind, in Punkto Lohn- und Arbeitsverhältnisse bessere Zeiten geschaffen werden.

Versammlungs-Kalender

Kollegen und Kolleginnen!

Versammlt ohne Grund keine Versammlung!

Sonntag, den 7. März.

- Berlin. 8,30 Uhr im Gesellenverein, Königgräberstr. 106.
- Söla-Stadt. Schwebesektion. Abends 9 Uhr „Zur Ratsmühle“.
- Dortmund. Abends 8,30 bei Wall, Ostermarchstraße 1.
- Eisenach. 8,30 Uhr im „Weimarschen Hof“.
- Essen. (Rust- und Banckschloffer.) Abends 8,30 Uhr bei Eiborra, Chausseestraße 5.
- Bremerhaven. Abends 8,30 Uhr im Hotel Union, Bremerhaven.
- Hamburg. Abends 8,30 Uhr bei Willeris, Kothhöfen 27.
- Debe i. B. Abends 8,30 Uhr bei Sommer.
- Koblenz. Abends 7 Uhr bei Schuhmacher, Hochstr.
- Statthagen. Abends 8,30 Uhr im „Königlichen König“, Holzstr.

Sonntag, den 8. März.

- Bielefeld-Schälde. Vorm. 11 Uhr bei Witwe Hof.
- Bielefeld-Tollstedt. Nachm. 3 Uhr bei Wirt Kahlmann.
- Braun. Morgens 11 Uhr bei Griesberg.
- Danzig-Olda. Nachm. 4 Uhr öffentl. Berl. im Vereinshaus.
- Dortmund-Lina. Vormittags 11 Uhr bei Möllmann.
- Dortmund-Berne. Nachmittags 4 Uhr bei Secklenborg.
- Düsseldorf-Dersdorf. Vorm. 11 Uhr bei Quering, Barborastr.
- „ Elber. Vormittags 11 Uhr bei Hasenfeldt, Gumbertstr.
- „ Unterrath. Vorm. 11 Uhr bei Klenker, Rüttenstr.
- „ Rath. Vorm. 11 Uhr bei Hilder, Oberthorstr.
- „ Vöderich. Nachmittags 5 Uhr bei Velmes, Meer.
- „ Flegers. Abends 8 Uhr bei Voosen, Hoffeldstr.
- Duisburg-Heiderich. Nachmittags 5 Uhr bei Kleine Nattland, Unter den Ulmen, außerordentliche Generalversammlung.
- Duisburg-Alfstadt. Vorm. 11 Uhr bei Hasenkamp, Friedrich-Wilhelmstraße, außerordentliche Mitgliederversammlung.
- Essen-Meandorf. Abends 7,30 Uhr bei Trippel.
- Essen-Holtenhausen. Abends 7 Uhr bei Buchner.
- Essen-Rüttenscheid. Abends 6 Uhr bei Brenneckamp.
- Großenbaum. Nachmittags 5 Uhr bei Blankenbeim.
- Hamborn-Brechenha. Nachm. 4 Uhr bei Eckardt.
- Hohenhausen. Vormittags 10 Uhr bei Reiß, Bachhoffstraße.
- Meißenich. Nachmittags 5 Uhr bei Siebeler.
- Offizin. Morgens 10,30 Uhr bei Gottfried Schmidt.
- Unterhofen. Nachmittags 3 Uhr im Lokal „Hirt“.
- Strasburg. Vormittags 10 Uhr.

Freitag, den 13. März.

- Dortmund-Dorffeld. Abends 8,30 Uhr bei Sturm.

Sonntag, den 14. März.

- Karlruhe. Abends 8,30 Uhr im Palmengarten, Herrensstr. 34.
- Köln-Eindenthal. Abends 9 Uhr bei Caddler, Bachemerstr. 129.
- Sonn. Abds. 8,30 bei Krahwinkel. Mitgliedsbücher mitbringen.
- Zuffenhausen. Abends 8 Uhr in der Kranke.
- Reinhold. Abends 8 Uhr bei Bierbach, Weststraße.
- Berlin-Nord. Abends 8,30 Uhr bei Thiede, Hufschmiedstraße 4-5.

Sonntag, den 15. März.

- Berlin-Ober-Schönweide. Abends 7 Uhr bei Dlesch.
- Bismarck. Morgens 11 Uhr bei Bender.
- Buchholz. Vormittags 11 Uhr bei Küpper, Düsseldorfstr.
- Bezirk Gerresheim. Vormittags 11 Uhr in Steinmann's Lokal Grülingstraße.
- Bezirk Neuf. Vormittags 11 Uhr bei Floß, Niederstraße.
- Duisburg-Leur. Vormittags 11,30 Uhr bei Janßen, Kaiserstr.
- Hann. (Jugendklasse). Morgens 11 Uhr bei Krahwinkel. Mitgliedsbücher mitbringen.
- Heiligenhaus. Morgens 11,30 Uhr bei Schmann.
- Jungelsh. Vormittags 10 Uhr im kath. Vereinshaus.
- Köln-Stadt. Morgens 11 Uhr, Heizungsmonteure, Zur Ratsmühle, Neumarkt 18.
- Köln-Schrevel. Morgens 11 Uhr, Mitgliederversammlung bei Buchwald, Vereinshaus.
- Köln-Kalk. Morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Hüntgesberg, Breuerstraße 14.
- Köln-Poll. Morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Faßbender Hauptstraße.
- Stettin. Nachmittags 2,30 Uhr bei Seelke, Blumenstraße 16.

Düsseldorf. Den Mitgliedern der örtlichen Jahrsstelle der Krankenkassenzuschüsse diene zur Nachricht, daß die Beitragszahlung an jedem Sonntag, von 11,30 bis 12,30 auf dem Bureau der Ortsverwaltung, Eissenstraße 37 zu erfolgen hat. Dasselbst werden auch Anmeldungen von Verbandskollegen entgegengenommen.

Teilzahlung
Uhren u. Goldwaren,
Photo-, optische
Artikel,
Sprechmaschinen,
Musikinstrumente,
Spielwaren, Zithern
u. s. w.
Kataloge gratis und franco liefern
Jonass & Co. BERLIN A. 741
Belle-Alliancestr. 3

Prima Ruffshinken
per Pfd. 1,20 Mk. Dattor a. d. Ewerd. p. Pfd. 85 Pfg. Dettwardt hat, Preßwurst, Leberwurst p. Pfd. 70 Pfg. Kaiserjambonier und Prechtwurst p. Pfd. 90 Pfg. Cervelatwurst a. Salami per Pfd. 1,20 Mk. empfangen per Nachnahme
Carl Böger, Würstfabrik, Glogau.

! Kollegen !
Agitiert für den
Verband.

Allen voran Kiepenkerl
Tabak
von Oldenkott-Rees am Rhein.
überall erhältlich!
Sagen ihrer außerordentlichen Selbstaussage jedes Raucher's Freund.

Salem Aleikum
Salem Gold (Goldmundstück) Cigaretten
Zwei Preise!
Preis No 3 4 5 6 8 10
3 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stck.
Trustfrei!
FABRIK-ANSICHT
Oriental Tabak- u. Cigaretten-Fabrik
Inh. Hugo Lietz
Königsberg i. Pr.
Veridze, Dresden
Königsberg v. Sachsen

Von wohlfeilsten Dingen
wenig bezahlt
Herren-Garderoben
erhalten Sie sehr preiswert vom
Garderoben-Verkaufhaus b. Spielmann
München, Dachauerstraße 4.
Frühjahrs-Paletots und Winter von 10 bis 45 Mk.
Sacco-Anzüge 1- und 2 reibig von 12 bis 48 Mk.
Tobaken, Dvica, Wettertragen etc. etc.
Hier nicht angeführtes im Katalog. Verlangen Sie ohne Verbindlichkeit illust. Pracht-Katalog H gratis und frei. Für nichtkonvenierende Sachen erhalten Sie Geld retour.